Sonntag, 25. September 1932
Nr. 218. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Zerschlagung der Gewerkschaften!

Die neueste Unternehmerforderung — Verteidigung der Gewerkschaften muß die Antwort der ganzen Arbeiterklasse sein!

In der neuesten Ausgabe des Organs der sächsischen Arbeitgeberverbände, der „Sächsischen Industrie", schreibt der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller, Wittke-Niedersedlitz, in einer Polemik gegen die jetzigen Lohnabbau-Abwehrstreiks der Gewerkschaften:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Reichsregierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten die mit Arbeitszeitverkürzung, also auch mit gesenkten Löhnen arbeiten, Mitgliedsbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig!" (!!)

Das ist ein Signal für die ganze Arbeiterklasse. Es zeigt, daß das Großkapital die Zeit für gekommen erachtet, nun offen an die Zerschlagung der Gewerkschaften zu gehen. Herr Wittke hat wahrscheinlich auch an der kürzlich im Hotel „Kaiserhof"-Berlin tagenden Wirtschaftsführerkonferenz teilgenommen. Dort wurde, wie „Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, zu berichten wußte, unter Anwesenheit von prominenten Regierungsvertretern, wie Herrn Dr. Wagemann, des Leiters des Statistischen Reichsamtes u. a., offen darüber diskutiert, wie

die heutige Regierung Papen zu der Zertrümmerung der Gewerkschaften benützt

werden könne. Das Stattfinden dieser Tagung und vor allem die Teilnahme von Regierungsvertretern ist zwar offiziell dementiert worden, aber man weiß, daß Regierungsdementis heute in der Regel eine Bestätigung darstellen. Sicher ist das eine, daß der Führer der sächsischen Industriellen allein und von sich aus nicht so offen für eine Vernichtung der Gewerkschaften propagieren würde, wenn dem nicht ganz bestimmte Beschlüsse und Pläne der maßgebenden Führer des Unternehmertums zugrunde lägen. Herr Wittke vermeidet zwar das Wort Zerschlagung oder Zertrümmerung der Gewerkschaften — man will noch „verfassungsmäßig" bleiben und das Koalitionsrecht „nicht antasten", aber

man will den Gewerkschaften die materielle Grundlage entziehen und sie auf diese Art zertrümmern.

Ob jetzt endlich die ADGB-Führer begreifen, daß sie mit ihrer Politik des Kopf-in-den-Sand-steckens, mit ihren Versuchen, entscheidenden Massenkämpfen durch parlamentarische Scheinaktionen auszuweichen, nicht mehr weiter kommen? Ob sie merken, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung und auch ihnen an den Kragen geht? Hoffentlich!

Für die breiten Arbeitermassen jedoch kann es hier kein längeres Zuwarten mehr geben. Sie müssen handeln. Der unmittelbare Angriff des Großkapitals auf die reformistischen und gewiß unzulänglichen Gewerkschaften muß aber auch gleichzeitig jedem Arbeiter klar zeigen, daß diese Organisationen den letzten Wall gegen die unumschränkte faschistische Kapitalsdiktatur darstellen und daß es daher gilt,

die Gewerkschaften mit Zähnen und Klauen zu verteidigen bis zum Letzten.

Die beste Verteidigung jedoch ist der Kampf. Alles gilt es daher zu tun, um die gegenwärtigen vielen Einzelkämpfe in den verschiedenen Betrieben des ganzen Reiches zu steigern zu einheitlichen großen Massenaktionen gegen den Lohnraub sowohl wie gegen die gesamte kapitalistische Diktatur.

Die Streikfront wächst

Weißenfels, 23. September.

CNB. In der Weißenfelser Schuhindustrie ist in den letzten Tagen ein Streik ausgebrochen, der bisher vier Werke mit einer Gesamtbelegschaft von 700 Mann erfaßt hat. Es ist damit zu rechnen, daß auch die Belegschaften weiterer Werke die Arbeit niederlegen, oder gar die gesamte Weißenfelser Schuhindustrie vom Streik erfaßt wird.

Der Streik richtet sich gegen die Herabsetzung der Löhne unter gleichzeitiger Vermehrung der Belegschaften. Eine von den Gewerkschaften in ultimativer Form verlangte Rückgängigmachung dieser Maßnahmen wurde abgelehnt.

In Leipzig ist außer den Arbeitern der Pittlerwerke auch die Belegschaft der Seifen-Fabrik J. J. Steinbach in den Streik gegen Notverordnungs-Lohnabbau getreten.

Die Unternehmerpresse tobt

Die täglich steigende Streikwelle gegen den Notverordnungslohnraub und ganz besonders die Tatsache, daß diese Streiks durchweg in geschlossener Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen durchgeführt werden, erregt verständlicherweise die Wut der Scharfmacherorgane vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", der „Bergwerkszeitung". Dieses Blatt schreibt unter der Ueberschrift: „Sabotage des Wirtschaftsprogramms":

„Es ist offensichtlich, daß sich in dieser Aktion politische Gegner, die sich sonst bis aufs Blut bekämpfen, treffen, mit dem gemeinsamen Ziel, die segensreichen Auswirkungen der Notverordnungen der Regierung von Papen unter allen Umständen zu verhindern. Da es an Arbeitswilligen nicht fehlen wird, wird es Aufgabe des Staates (!) sein, ihnen den Weg zur Arbeitsstelle frei zu halten."

Das offiziöse Wolff-Telegraphenbüro unterstützt diese Hetze gegen die Streiks, indem es, wie heute, tendenziöse Berichte über „Ausschreitung Streikender im Wuppertal" veröffentlicht. Das WTB. bringt, um die „Segnungen" der Notverordnung zu zeigen, täglich Meldungen über die unbedeutendsten Neueinstellungen. Aber es sabotiert ganz offensichtlich die Verbreitung fast aller Meldungen über Streiks der Arbeiter gegen die Lohnraubsverordnung.

Das alles zeigt, daß die Arbeiter mit ihrem Kampf auf dem richtigen Wege sind. Noch stärker muß daher der Kampfruf durchs Land gellen und jeden Betrieb zu der Aktion führen:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Abwürgung des englischen Streiks?

London, 23. September.

WTB. Die Fortschritte in den Verhandlungen zwischen Genossenschaften und Unternehmern der Baumwollindustrie sind durch die Lohnfrage nicht mehr gehemmt, da ein Einvernehmen erzielt worden ist, das nur noch der Bestätigung durch den Zentralverband bedarf. Die vereinbarte Lohnherabsetzung soll 1 Schilling 8½ Pence je Pfund Sterling (d. h. rund 8 Prozent) betragen. In der Frage der Arbeiterwiedereinstellung ist noch keine Lösung zustandegekommen.

Das wäre, vorausgesetzt, daß diese Meldung stimmt, eine ganz ungeheuerliche Preisgabe der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaftsführer und ein fast vollkommener Sieg der Unternehmer, die bekanntlich 10 bis 15 Prozent Abbau forderten. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die streikenden Textilarbeiter darauf eingehen. Sie müssen weiterkämpfen, aber alles tun, um ihren Streik zu einem politischen Kampf der ganzen Klasse zu machen.

Heute Regierungsbildung in Schweden

Ein sozialdemokratisches Kabinett

Stockholm, 23. September.

Die neue Regierung dürfte Sonnabend vormittag gebildet werden. Eine sozialdemokratische Zeitung ist jedoch schon heute abend in der Lage, eine vorläufige Ministerliste wie folgt zu veröffentlichen: Ministerpräsident: Redakteur P. A. Hansson; Außenminister: Generaldirektor R. Sandler; Justiz: Oberlandesgerichtspräsident Schlyter; Verteidigung: Redakteur Vennerström; Sozialminister: Parteisekretär G. Möller (Soz.); Verkehrsminister: entweder der Vorsitzende des Eisenbahnerbundes Forslund oder der Schriftführer Leo; Finanzen: Wigforss; Kultus: Lektor Olof Ohlsson; Landwirtschaft: Staatssekretär a. D. Sköld; Handelsminister: entweder Oberlehrer C. E. Svensson oder Redakteur A. Engberg.

Preußischer Konflikt noch in der Schwebe

Berlin, 23. September.

CNB. Wie wir von zuständiger preußischer Seite erfahren, hat die kommissarische preußische Staatsregierung bisher noch nicht zu den gestrigen Beschlüssen des Landtages über die Gehorsamspflicht der Beamten Stellung genommen. Die Regierung wird erst nach Eingang einer offiziellen Mitteilung des Landtagspräsidenten die Frage prüfen, ob durch die gestrigen Beschlüsse der alte Beschluß des Landtages als aufgehoben angesehen werden kann.

Sozialismus — unsere Gegenwartsforderung

Die Aufgabe der SAP*)

von Hans Jakobsohn

„Eine Organisation kann Bedeutung haben durch die von ihr erfaßten Massen oder durch den Inhalt jener Ideen, die sie in die Arbeiterbewegung hineinzutragen befähigt ist." (Trotzki in „Was nun?")

Die Arbeiterparteien, die in Deutschland Bedeutung haben durch die von ihnen erfaßten Massen, sind die KPD und die SPD.; die Partei, die Bedeutung hat „durch den Inhalt der Ideen, die sie befähigt ist, in die Arbeiterbewegung hineinzutragen," ist die Sozialistische Arbeiterpartei.

Wir sind eine junge Partei, noch nicht ein Jahr sind wir zusammen und doch hat sich das Gesicht der Partei in dieser kurzen Zeit erheblich gewandelt. Es vollzieht sich der notwendige Klärungsprozeß innerhalb einer Partei, die zustande gekommen ist durch das Versagen der beiden anderen Arbeiterparteien. Sie umschließt heute Menschen, die eine voneinander oft völlig verschiedene politische Entwicklung durchgemacht haben. Das sollte man nicht vergessen, denn hierauf sind manche Schwierigkeiten bei der Frage nach Organisation, Aufgabe und Politik der SAP zurückzuführen. Oft hat man den Eindruck, daß sie weniger auf grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten beruhen, als darauf, daß bei so uneinheitlichem Bildungsgang der Kader der Partei unter vielen Wortprägungen ganz verschiedene Dinge verstanden werden.

Unsere Politik war bisher in stärkstem Maß bestimmt durch die Auseinandersetzung mit dem Reformismus der SPD und dem Versagen der KPD. Unser Kampf war daher notwendigerweise in einem bestimmten Sinn negativ: wir geißelten im Interesse der Arbeiterbewegung die Fehler der beiden großen Parteien und versuchten mit dieser berechtigten Kritik in den proletarischen Massenorganisationen Fuß zu fassen. Wir zwangen die politisch interessierten Teile der Arbeiterschaft sich mit uns auseinanderzusetzen. Wir machten unsere Vorschläge für die Zusammenarbeit der proletarischen Parteien und Organisationen in der Aktion gegen den faschistischen Terror. An vielen einzelnen Orten gelang es uns die Arbeiter im Abwehrkampf einander näher zu bringen. Viele stimmten uns zu, viele sehen heute ein, daß unsere Kritik berechtigt war. Der Lauf der Dinge bestätigte sie. Aber dennoch genügte das nicht, um neue größere Teile der Arbeiterschaft aktiv für uns zu gewinnen. Einmal lag das an den deprimierenden Rückschlägen der gesamten Arbeiterbewegung durch den Vormarsch des Faschismus und der Reaktion. Zum andern aber kamen wir nur heran an die politisch interessierten Funktionäre der KPD und SPD und nicht — von geringfügigen Ausnahmen abgesehen — an die breiten noch nicht politisch organisierten Massen. (Daher auch die geringen Wahlziffern. Gerade Funktionäre aber, selbst wenn sie noch so sehr von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugt sind, hängen stärker als die übrigen Mitglieder an der Parteiorganisation, der sie einmal angehören.

Es wurde schon kürzlich hier angedeutet: Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist angesichts der Krise des Kapitalismus, den Aufbau des Sozialismus in Deutschland auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu stellen. Die staatskapitalistischen „Sozialisierungs"-Anträge der SPD können nicht allein dadurch bekämpft werden, daß man sie kritisiert, man muß ihnen auch ein wirkliches Sozialistisches Wirtschaftsprogramm gegenüberstellen. Aber nicht nur gegenüber der SPD ist ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm notwendig. Beim Nationalsozialismus beginnt langsam die Zeit der großen Schneeschmelze einzusetzen. Die NSDAP muß auf die Dauer

*) Dieser Artikel ist zwar eine persönliche Arbeit des Gen. Jakobsohn. Er enthält aber für die ganze Partei und für die heute tagende schlesische Bezirkskonferenz der SAP sehr wertvolle Anregungen, die starke Beachtung und lebhafte Diskussion verdienen.

Die Red.

zerfallen aus Mangel an einer einheitlichen Idee. Das Tempo hängt davon ab, ob auf sozialistischer Seite eine klare Auffassung über die Notwendigkeit und die Art des sozialistischen Aufbaus in Deutschland zustande kommt. Deshalb ist heute ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Waffe im Kampf gegen den Faschismus.

Schon auf dem Parteitag der SAP in Berlin wurde ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm gefordert. Andere Aufgaben verdrängten seine Ausführung. Heute ist es notwendiger denn je! Denn Papen kann nur durch die Zersetzung der NSDAP geschlagen werden. Papen garantiert heute der Bourgeoisie „Ruhe und Ordnung". Zum offenen Kampf gegen die in seiner Hand konzentrierte Staatsgewalt — Reichswehr, Polizei, Sondergerichte usw. — ist die Arbeiterschaft zu schwach. Diese Wahrheit muß ausgesprochen werden. Sie kann erst wieder erstarken, wenn es gelingt, durch die Ueberlegenheit der sozialistischen Idee, deren Verwirklichung der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Krise und ihrer Barbarei ist, eine allgemeine Volksbewegung zu entfesseln und alle Kräfte — organisatorische und ideelle, kulturelle und materielle — zu konzentrieren auf das eine Ziel: auf den Aufbau des Sozialismus in Deutschland.

Kleine Parteien können oft in der Geschichte entscheidend sein, wenn sie im richtigen Moment die richtige Parole herausgeben. Die konkrete Propagierung des sozialistischen Aufbaus in Deutschland muß zur einheitlichen Leitidee der SAP werden, die die Partei zusammenschweißt und sie zu einem geschlossenen Ganzen formiert. Die Männer, die ein solches Programm gestalten könnten, stehen in unseren Reihen. Wo wären sie sonst im deutschen Proletariat zu finden? Etwa bei der SPD oder KPD, deren Apparate keine Köpfe hoch kommen lassen. Wir haben auch eine tapfere Schar tüchtiger und geistig beweglicher Funktionäre, um die sozialistische Idee wieder in Deutschland zu verbreiten und ihr wieder zu Ansehen zu verhelfen.

Zwei, drei konkrete sozialistische Forderungen, deren Richtigkeit jedem Proleten einleuchtet, müssen unsere Arbeit beherrschen, müssen auf die Straße, in die Betriebe, überall dorthin getragen werden, wo wir Einfluß haben. Solche Forderungen wären etwa: als Uebergangslosungen — „die stillgelegten Betriebe gehören den Arbeitslosen!" und „Arbeiterkontrolle der Produktion!" In der gegenwärtigen Zeit hat jede sozialistische Reform, konsequent propagiert und durchgeführt revolutionäre Bedeutung. Das Wirtschaftsprogramm hätte dann die Aufgabe, diese Parolen theoretisch zu untermauern. Wochenendkurse mit diesen Themen müssen unsere Funktionäre schulen. Die Propaganda selbst wird volkstümlicher werden müssen, damit sie nicht nur an die politisch Vorgebildeten und politisch Organisierten herankommt, sondern darüber hinaus auch an die noch nicht fest organisierten Massen. Unser Wirtschaftsprogramm wird vor allem praktisch, konstruktiv sein müssen und sich nicht nur in allgemeinen marxistischen Erörterungen und Thesen ergehen dürfen. Denn die meisten Menschen sind praktisch eingestellt und nicht unmittelbar idealistisch. Wir müssen sie aufklären über ihre Interessen und nicht über Ideale. Unser größtes Ideal ist ja die Wahrnehmung der Interessen des Proletariats.

Unsere Funktionäre erscheinen heute in den proletarischen Massenorganisationen oft fälschlicherweise als die ewig negativen Kritiker. Das wird sich sehr bald ändern, wenn wir auch positiv, klar überall das gemeinsame Ziel weisen können. Diese Arbeit wird vor allem auch im Interesse der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung liegen. Die unmittelbare Abwehr des faschistischen Terrors durch die Arbeiterorganisationen hat leider nur vermocht die Arbeiter an einzelnen Orten und in einzelnen Distrikten der Großstädte einander näher zu bringen. Erst die Klarheit über das gemeinsame Ziel wird ein wirklich fruchtbares Zusammenarbeiten der Arbeiterparteien möglich machen. Der Massenwiderstand der Betriebsarbeiterschaft gegen den Lohnraub durch die Papensche Notverordnung beginnt. Es gilt ihn zu verbinden mit den Interessen der übrigen proletarischen Bevölkerung durch die Verlebendigung und Konkretisierung der sozialistischen Idee, durch die Einordnung des Sozialismus in den Gegenwartskampf. Wenn wir in diesem Sinn — im richtigen Moment mit der richtigen Parole — unsere Partei einsetzen, wird unser ideologischer Einfluß auf die Massen schnell wachsen, werden wir mit unseren schwachen Kräften die richtige Weiche stellen, über die der schwere Zug der deutschen Arbeiterbewegung in das richtige Gleis zum richtigen Ziel dahinbraust. SPD und KPD werden gezwungen sein, sich zu unseren Ideen zu bekennen, oder die Entwicklung wird über sie hinweggehen.

Thüringische Gemeindewahlen erst am 4. Dezember

Weimar, 23. September.

CNB. Im Ministerium war der Gedanke erörtert worden, aus Ersparnisgründen die in diesem Jahre fälligen thüringischen Kommunalwahlen zusammen mit den Reichstagswahlen am 6. November abzuhalten. Wie das thüringische Innenministerium jetzt mitteilt, bleibt der ursprünglich angesetzte Wahltag mit Sonntag, den 4. Dezember, bestehen.

Heute Katzen – morgen Menschen

Ein grauenhaftes Experiment der Giftgasfabrikation

Wir sind noch nicht wieder so tief in der „großen Zeit", daß die Herren von der ehrsamen Zunft der Giftgasfabrikanten ihre Erzeugnisse, die sie (wie die Radioindustrie immer neue und bessere Geräte anbietet), stets vollendeter auf den Markt bringen, an Menschen ausprobieren können. Sie müssen deshalb mit Tieren vorlieb nehmen. Der deutschen Phosgengesellschaft war es kürzlich darum zu tun, genaue Kurven, Statistiken, Messungen und Berechnungen anzustellen, wie sich heutzutage bei dem weitaus verbesserten Giftgas so ein schöner Heldentod machen würde. Sie kaufte daher zweitausend Katzen, die sie in einen verschlossenen Raum brachte, in den nach den Regeln der Kunst das neue Giftgas gelassen wurde. Das Experiment sah dann nach einem Zeitungsbericht so aus:

Die Katzen sprangen wie wild in dem Raum herum, aus dem sie vergeblich einen Ausweg suchten. Aus ihren Augen und den Speicheldrüsen ihres Mundes tropfte es unaufhörlich herab. Vergebens versuchten sie mit ihren Pfoten die Augenschmerzen zu lindern. Daß die Tiere den Kopf möglichst hoch hielten, hatte seinen Grund in der Sucht, besser atmen zu können (da das Gas schwerer als die Luft ist, und die Tiere versuchten, die gute Luft einzuatmen). Dann drückte der Professor auf einen Knopf, wodurch ein Ventilator in dem Versuchsraum in Bewegung gesetzt wurde. Das Ertrinken begann. Die Mäuler der Tiere waren weit geöffnet; es bildete sich Schaum, die Gesichter wurden blau. Immer langsamer und schwächer wurde die Atmung, bis eine Katze nach der andern vor Erschöpfung umfiel. Einige unter schweren Krämpfen und Zuckungen. Selbst wenn man nun die Tiere aus der vergifteten Luft herausbrachte, starben die meisten nach vierundzwanzig Stunden. Ein Tier starb erst vierzehn Tage nach einem solchen Versuch.

Und so werden auch die Menschen sterben ... So wie die zweitausend Katzen lebendigen Leibes zu Tode gequält wurden, genau so werden im Kriege der Zukunft Hunderttausende oder Millionen Menschen verrecken, damit die Phosgengesellschaft zu ihrem Geschäft kommt. Das nennt man Heldentod. Sollte man nicht, ehe es so weit kommt, alle Kriegshetzer und Rachegeschreier einsperren und sie genau wie die zweitausend Katzen Giftgas einatmen lassen? Dann wüßten sie doch endlich einmal, wie so ein richtiger Heldentod ist.

(Wiener Arbeiterzeitung.)

Giftgastod in Ungarn

Budapest, 24. September.

Tel.-Komp. In dem Vorort Steinbruch ereignete sich ein schweres Giftgasunglück, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. In der Fabrikanlage der Imperial AG. für chemische Produktion wurde einem Arbeiter beim Reinigen der Destillationskessel durch die aus den Rohrleitungen sickernden Gase unwohl; er rief um Hilfe, brach aber kurz darauf ohnmächtig zusammen.

Zwei Arbeiter, die ihm zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls durch die Giftgase betäubt und erstickten, bevor der tragische Vorfall in der Fabrik selbst bemerkt und ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Auch der erste Arbeiter, den sie retten wollten, erlag während der Einlieferung in das Krankenhaus der schweren Gasvergiftung. Anscheinend ist das Unglück auf das Undichtwerden der zu den Destillationskesseln führenden Rohre zurückzuführen.

Die wahren Schuldigen

Die Angeklagten im Totschlagsprozeß weiter entlastet

In dem Sondergerichtsprozeß Röntgenstraße sind heute zunächst 29 Zeugen geladen. Der erste der Zeugen ist ein 70jähriger Steinsetzmeister Engelhardt, dessen Wohnung genau gegenüber dem SA-Lokal liegt und der von seinem Balkon aus die ganzen Vorgänge sehen konnte.

Er sagt aus, daß Nationalsozialisten vor dem Lokal gestanden hätten, und daß sie es gewesen seien, die gefeuert hätten. Der Zeuge erklärt, die Nationalsozialisten hätten ihre eigenen Leute erschossen.

Sein Sohn habe einen der Schützen feststellen lassen und habe dafür noch einen Verweis von den Kriminalbeamten bekommen.

Im einzelnen sagt dieser wichtige Zeuge folgendes aus: Die Nationalsozialisten, die vor der Tür des SA-Lokals standen, seien mit einem Zug Leuten, die auf der anderen Straßenseite gingen, in Auseinandersetzungen geraten. Einer der Nationalsozialisten habe dann gepfiffen, und daraufhin seien andere aus dem Lokal gekommen und hätten ohne weiteres auf die Leute auf der anderen Straßenseite geschossen. Er habe bestimmt gesehen, daß zuerst vom Lokal aus geschossen worden sei. Daß auf der anderen Seite überhaupt geschossen worden sei, hat dieser Zeuge nicht gesehen. Er hätte es auch schwer bemerken können, da sein Balkon auf dieser Straßenseite liegt. Ein Schuß in die Wohnung des Zeugen ging am Kopfe seiner Frau vorbei.

Vors.: Ist es festgestellt worden, woher die Kugel kam, die in Ihre Wohnung drang?

Zeuge: Jawohl, von der anderen Seite des Fahrdamms aus.

Diese Zeugenaussage bedeutet eine starke Entlastung für die neun Angeklagten, besonders weil Engelhardt weiter erklärt,

daß auch aus dem Innern des SA-Lokals geschossen worden sei.

Er bekundet weiter, daß ihm später bei der Polizei der Angeklagte Sterdt gegenüber gestellt worden sei und daß er ihn als einen der Schützen bezeichnet habe, das sei aber nicht wahr. Es liege hier eine große Aehnlichkeit mit dem wirklichen Schützen vor.

Vors.: Wie kommen Sie auf einmal darauf?

Zeuge: Als ich von der Polizei wieder nach Hause kam, stand der Mann, der geschossen hatte und den ich eben auf der Polizei zu sehen geglaubt hatte, vor der Tür des SA-Lokals. Er sah genau aus wie Sterdt. Ich habe nach meiner falschen Aussage Nächte lang nicht schlafen können.

Der Zeuge Engelhardt wird dann weiter gefragt, ob er etwa auf den Sturm 33 der Nationalsozialisten, der sein Lokal ihm gegenüber in der Röntgenstraße habe, besonders wütend sei.

Zeuge: Nein. Aber einige Tage vor dem Vorfall haben

zwölf Mann der Nationalsozialisten einen Mann zu Boden gerissen und ihn mit den Stiefelabsätzen bearbeitet.

Der Zeuge schildert dann, wie die SA-Männer in der Straße Am Lützow einen Mann schwer mißhandelten, und er sagt weiter aus, daß man aus dem SA-Lokal auch auf ihn einen Revolver gerichtet habe. Die Gastwirtsfrau habe aber den erhobenen Arm mit der Waffe wieder heruntergeschlagen.

Kampf dem Arbeitsdienst in jeder Form

SPD und Reichsbanner in Peine organisieren FAD

Unsere Genossen aus Peine (Hannover) berichteten uns von einer groß angelegten Aktion des Reichsbanners zur Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf der Grundlage eines von Vertretern aller Arbeiterorganisationen eingesetzten Ausschusses. Der Verlauf dieser ganzen Aktion, in der sich die Ortsleitung der Sozialdemokratischen Partei nicht scheute, mit Terrormaßnahmen gegen die oppositionellen freigewerkschaftlichen Genossen vorzugehen, zeigt einen ganz bewußten Verrat aller freigewerkschaftlich-sozialistischen Grundsätze auf.

Die Reichsbannerleitung berief zum Sonnabend, den 17. 9., die Vorstände aller Arbeiterorganisationen, mit Ausnahme der SAP und KPD (!), zu einer Sitzung ein, um unter Mißbrauch der Peiner Arbeiterorganisationen eine Basis für die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu schaffen. Die oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre stellten sich aber in der Sitzung einem solchen Versuch durch Einreichung einer Entschließung entgegen, in der mit Entschiedenheit gegen den freiwilligen Arbeitsdienst, ganz gleich in welcher Form und auf welcher Grundlage, als im strikten Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Grundsätzen stehend, Stellung genommen wird, und in der gleichzeitig die Gewerkschaften verpflichtet werden, die Initiative zur Herstellung einer einheitlichen Klassenfront von SPD bis KPD unter Kampf gegen die Papennotverordnung zu ergreifen.

Da die Leitung der Versammlung merkte, daß durch das entschiedene Vorgehen der oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre eine Mehrheit für ihre Absicht zweifelhaft würde, verlangte der Vorsitzende der SPD, Agathon, die sofortige Ausweisung der Mitglieder der SAP aus dem Saal. Trotz des Widerspruches und des Hinweises der Genossen, daß sie als Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und des Freien Bildungskartells das Recht haben, an dieser Sitzung teilzunehmen, mußten sie der Willkürmaßnahme des Vorstandes weichen und den Saal verlassen.

Diesen skandalösen Vorfall gaben unsere Genossen der Peiner Arbeiterschaft durch einen im Zeitungskasten ausgehängten Artikel zur Kenntnis. Sie verbreiteten gleichzeitig ein Flugblatt, das den Verrat der SPD-Führung an den Gewerkschaftsmitgliedern, das unglaubliche Vorgehen gegen oppositionelle Gewerkschaftsfunktionäre anprangert und alle klassenbewußten Arbeiter von Peine auffordert, sich mit aller Kraft gegen die freiwillige Arbeitsdienst-Aktion der RB zu stemmen und sich in die Gewerkschaftsopposition, zum Kampf für die Wiedergesundung der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des revolutionären Marxismus, unter Ablehnung aller ultralinken Verirrungen und reformistischen Verrätereien einzureihen.

Das Flugblatt ist im Namen von hundert oppositionellen Mitgliedern der freien Gewerkschaften sowie von den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, des Z. d. A., Malerverbandes und Baugewerksbundes, von Funktionären des Metallarbeiter- und des Heizer- und Maschinistenverbandes unterzeichnet.

Nächstes Ziel: Kolonien!

Der Weg des deutschen Imperialismus

Kürzlich schrieb eine nationale Zeitung, die deutsche Außenpolitik habe nun den Rubikon überschritten; die Würfel seien gefallen, es gäbe kein Zurück mehr. In der Tat ist der deutsche Imperialismus auf der ganzen Front aktiv geworden. Nach dem Vorstoß in der Wehrfrage, für die Freiheit der deutschen Aufrüstung, wird jetzt ein neuer Schlag vorbereitet: die Forderung nach Kolonien für Deutschland. In den letzten Wochen haben bereits Unterredungen zwischen dem geschäftsführenden Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft und den maßgebenden Persönlichkeiten des Reichskabinetts stattgefunden, wobei die Richtlinien der zukünftigen deutschen Kolonialpolitik festgelegt wurden. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die deutsche Regierung ihre Forderungen offiziell anmeldet.

Es ist charakteristisch, daß diese Mitteilungen von einem demokratischen Blatt, dem Berliner „8-Uhr-Abendblatt", in einem großen Artikel in durchaus zustimmendem Sinne veröffentlicht werden. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß das ganze deutsche Bürgertum, ohne Unterschied der Parteirichtung, diese Expansionsbestrebungen des deutschen Kapitalismus unterstützt. Um so mehr wird es die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, den gefährlichen Plänen des deutschen Imperialismus schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Völkerbundsrat tagt

Wieder kein Beschluß zum Krieg zwischen Bolivien und Paraguay

Genf, 23. September.

Die 68. Tagung des Völkerbundsrats wurde heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten des Irischen Freistaates de Valera eröffnet. Deutschland ist durch seinen Außenminister Freiherrn von Neurath vertreten, Frankreich durch seinen ständigen Vertreter beim Völkerbundsrat Paul-Boncour und England durch seinen Außenminister Sir John Simon.

Die Tagung begann mit einer kurzen Trauerkundgebung für den verstorbenen Völkerbundskommissar in Danzig Grafen Gravina.

Außerhalb der Tagesordnung nahm sodann der Völkerbundsrat einen Bericht des vorigen Ratspräsidenten über den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay entgegen. Der Vertreter Spaniens warf die Frage auf, ob es nicht an der Zeit sei, daß der Rat entschiedene Maßnahmen gemäß Art. 11 des Paktes ergreife, um die beiden Staaten zu einer friedlichen Regelung ihrer Streitigkeiten anzuhalten. Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sowie Panamas schlossen sich den Ausführungen an. Da der Rat offiziell mit der Angelegenheit noch nicht befaßt wurde, ist vorläufig beschlossen worden, einen besonderen Berichterstatter zu ernennen, der dem Rat Vorschläge machen soll.

Im übrigen erledigte der Völkerbundsrat noch kleinere Vorlagen.

Der Eröffnungssitzung des Rates ging eine längere Geheimsitzung voraus, in der der Vertreter Norwegens die aufsehenerregende Mitteilung machte, daß der Völkerbund im nächsten Jahre in eine äußerst prekäre finanzielle Lage geraten werde, wenn die Beiträge der Mitglieder weiter so schlecht eingingen wie jetzt. Es wurde beschlossen, diese Erklärung des norwegischen Vertreters sämtlichen Staaten zuzuleiten.

Die nächste Sitzung des Völkerbundsrats findet morgen vormittag 11 Uhr statt.

Gemeinde-Neuwahlen beschlossen

Landtagssitzung — Beschlüsse gegen Sonderjustiz und Presseverbote

Die Freitagssitzung des Preußischen Landtages begann mit einer neuen Pöbelei zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Der deutschnationale Abgeordnete Steuer und der nationalsozialistische Fraktions-Vorsitzende Kube bezeichneten sich gegenseitig als Lügner, woraufhin der Nazipräsident Kerrl dem Deutschnationalen das Wort entzog, sein Pg. Kube aber nur zur Ordnung rief und weitersprechen ließ. Kube nahm dann den Zwischenruf „Judenjunge", der in der vorigen Sitzung aus seiner Fraktion gegen den Deutschnationalen Steuer gefallen war, feierlich zurück, protestierte aber dagegen, daß die deutschnationale Abgeordnete Freifrau v. Watter die Nationalsozialisten als „Schweine" bezeichnet habe. Eine sympathische Gesellschaft!

Nach diesem Vorspiel wandte man sich dem sachlichen Beratungsstoff zu. Den ersten Tagesordnungspunkt bildeten

verschiedene Anträge mehrerer Fraktionen zur Frage der Sondergerichtsbarkeit und der politischen Justiz überhaupt.

In der Abstimmung wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, in den Strafsachen, in denen auf Grund der Entschließung des Landtages vom 16. Juni 1932 eine Strafunterbrechung oder Nichtvollstreckung angeordnet worden ist, die Strafe weiterhin nicht zu vollstrecken bzw., falls inzwischen eine Vollstreckung wieder angeordnet worden ist, diese zu unterbrechen, sofern es sich um Freiheitsstrafen oder Reststrafen von nicht mehr als 6 Monaten handelt. Weiter findet ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, der verlangt, daß alle Sondergerichtsurteile nachgeprüft und unverhältnismäßig schwere Strafen gemildert werden. Auf nationalsozialistischen Antrag hin wird weiter beschlossen, die Regierung solle unverzüglich beim Reich die Aufhebung der Verordnung über die Bildung von Sondergerichten fordern. In Sachen des Felseneckprozesses wird ein Antrag angenommen, wonach sofort alle Maßnahmen getroffen werden sollen, um die in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten aus der Haft zu entlassen.

Nach einer weiteren Debatte über

Bergwerksfragen

werden die vom Ausschuß zu diesem Thema angenommenen Anträge bestätigt. Das Ministerium wird ersucht, die Bestimmungen zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter in aller Schärfe anzuwenden. Durch eine Verfügung sollen die gesetzlichen Betriebsvertretungen ermächtigt werden, bei dringender Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter bestimmte Arbeitsstellen stillzulegen, bis die Entscheidung der Aufsichtsbehörde herbeigeführt ist. Ein weiterer Antrag ersucht das Ministerium alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Betrieb des Peiner Walzwerks und der Ilseder Hütte aufrecht zu erhalten; ebenso wird der sozialdemokratische Antrag gegen die beabsichtigte Stillegung der Zeche „Präsident" in Bochum bestätigt.

Es folgt die zweite Beratung des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes über die

Vorverlegung der Gemeindewahlen auf den 6. November.

Außer den Gemeindeparlamenten sollen auch die Provinziallandtage, Kommunallandtage und Kreistage gewählt werden. In der Aussprache wenden sich die Redner des Zentrums, der SPD und der Deutschnationalen gegen Neuwahl am 6. November. Bemerkenswert ist die Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Kries, die Deutschnationalen könnten dem nationalsozialistischen Antrag nicht zustimmen, weil sie Grund zur Annahme hätten, daß die Regierung Braun in aller Kürze eine weitgehendere Verwaltungsreform auf dem kommunalen Gebiet ins Werk setzen werde. Eine Neuwahl vor dieser Verwaltungsreform sei nicht zweckmäßig. Bei den engen Beziehungen der Deutschnationalen zur gegenwärtigen preußischen Regierung ist anzunehmen, daß mit dieser Erklärung zugleich die Meinung der Regierung zu dieser Frage ausgedrückt worden ist. Trotzdem wird der nationalsozialistische Gesetzentwurf mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten endgültig angenommen. Wahlberechtigt sollen danach alle über 20 Jahre alten Reichsdeutschen sein, die am 1. Oktober 1932 ihren Wohnsitz im Gemeindegebiet haben.

Bei der weiteren Aussprache über die Haushaltsnotverordnung der Regierung Braun und einige damit verbundene Anträge kommt es zu einem

neuen Zwischenfall.

Der staatsparteiliche Abgeordnete Nuschke, der in der vorigen Sitzung von dem nationalsozialistischen Präsidenten ausgeschlossen war, kann sich infolge Lärmens der Nazis nicht verständlich machen. Da es dem Vizepräsidenten Dr. v. Kries nicht gelingt, die Ruhe herzustellen, verläßt er seinen Platz, womit die Sitzung unterbrochen ist. Nach einer Pause von 10 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet, und nun verlassen die Nationalsozialisten während der Ausführungen Nuschkes den Saal.

Die Haushaltsnotverordnung und die mit ihr verbundenen Anträge werden dem Hauptausschuß überwiesen. Angenommen wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung sämtlicher Zeitungsverbote und auf Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus erteilt dem Präsidenten die Ermächtigung, von sich aus nach Bedarf den Termin der nächsten Landtagssitzung festzusetzen. Falls nicht besondere Umstände eintreten, ist mit dem Wiederzusammentritt des Landtages erst nach den Reichstagswahlen zu rechnen.

Die ewig vertagte Abrüstung

Genf, 23. September.

WTB. Das Büro der Abrüstungskonferenz setzte heute vormittag die Aussprache über das vorliegende Arbeitsprogramm fort. Man beschloß, zunächst die Frage der Kontrolle der künftigen Abrüstungsmaßnahmen, der Einsetzung einer ständigen Kontrollkommission usw. in Angriff zu nehmen. Eine Reihe von Delegierten trat dafür ein, schon jetzt mit der Diskussion über den Ausbau der Kontrollkommission zu beginnen. Dagegen wandte sich vor allem Litwinow, der es als absurd bezeichnete, eine Kontrollkommission einzusetzen, ohne daß man wisse, was kontrolliert werden sollte.

Heute nachmittag hat das Büro den vorliegenden Arbeitsplan in allen Punkten durchgesprochen und sich sodann auf Anfang nächster Woche vertagt. Zu einer lebhaften Kontroverse kam es bei dem letzten Punkt des Arbeitsplans, der von den allgemeinen und den politischen Fragen handelt und wo gesagt wird, daß es Sache des Büros sei, zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art die Prüfung dieser Fragen vorbereitet werden soll.

Litwinow erklärte,

daß es jetzt an der Zeit sei, die großen Fragen, wie sie in dem Hooverplan und in den Vorschlägen Sowjetrußlands vorgelegt seien, anzupacken.

Der englische Außenminister Sir John Simon vertrat die Meinung, daß das Büro während der Vertagung der Konferenz die Prüfung gewisser Fragen vorzubereiten habe, daß es aber nicht dazu da sei, die großen politischen Probleme, die zur Zuständigkeit des Hauptausschusses gehörten, zu diskutieren.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour und Benesch traten den Ausführungen des englischen Außenministers bei.

Präsident Henderson jedoch vertrat einen anderen Standpunkt. Er erklärte, daß die in seinem Briefwechsel mit der deutschen Regierung aufgeworfene Frage sehr wichtig sei. Es sei unerläßlich, daß gerade Fragen dieser Art von dem Büro diskutiert würden.

Das Büro erledigte die übrigen Punkte des Arbeitsprogramms in der Weise, daß es teils Sonderkomitees einsetzte, teils Berichterstatter mit der weiteren Prüfung der Fragen beauftragte. Die Frage des Verbots des Bombenabwurfs aus der Luft wurde offen gelassen, und zwar mit der Begründung, daß Deutschland, das an diesen Fragen besonderes Interesse gezeigt habe, nicht anwesend sei.

Für die Herabsetzung der Heeresstärken gemäß den amerikanischen Vorschlägen soll ein Komitee eingesetzt werden, in dem allerdings nicht technische Sachverständige, sondern Hauptdelegierte vertreten sein sollen.

Zur Frage der Seerüstungen gab der englische Außenminister die Erklärung ab, daß seine Regierung die bis jetzt eingebrachten Vorschläge geprüft habe, und daß sie im Begriff sei, mit den anderen Seemächten hierüber in Fühlung zu treten.

Die nächste Sitzung des Büros findet am kommenden Montag oder Dienstag statt.

Werbt Abonnenten

Kleine Nachrichten

Berlin. Der stellvertretende Reichskommissar für Preußen hat die Stadt Berlin ultimativ aufgefordert, sich bis zum 15. Oktober über die Verwaltungsreformen der Stadt schlüssig zu werden.

München. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Forderung der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Landtages zur Stellungnahme gegen die Notverordnung der Reichsregierung abgelehnt. Der Bayerische Landtag dürfte vor der Durchführung der Reichstagswahlen nicht mehr zusammentreten.

Warschau. In der Warschauer Zitadelle wurde gestern abend ein 22jähriger Soldat des polnischen Funkentelegraphenregiments erschossen, nachdem er in einem zweitägigen Standgerichtsverfahren wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde sofort nach der Urteilsverkündung vollstreckt.

Deutschnationale Postenkleber

Berlin, 21. September.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, kam es in der Aeltestenratsitzung zu heftigen Auseinandersetzungen über die Sitze der Parteien in den Aufsichtsräten der staatlichen Gesellschaften. Die Deutschnationalen, die einen Teil dieser Sitze inne haben, hätten nach ihrer jetzigen Fraktionsstärke eigentlich keinen Anspruch mehr auf eine Vertretung in den Aufsichtsräten. Sie weigern sich aber, ihre Sitze zugunsten der Nationalsozialisten, die ihren Anspruch offiziell angemeldet haben, freizugeben.

Der Aeltestenrat hat deshalb beschlossen, daß sich der Landtagspräsident an die kommissarische Regierung wenden soll, um die Gesellschaftsversammlungen der staatlichen Gesellschaften einzuberufen mit dem Ziele, die deutschnationalen Aufsichtsratsmitglieder abzuberufen.

Havarie des Eisbrechers „Sibirjakoff"

Moskau, 23. September.

Der Eisbrecher „Sibirjakoff", der sich auf der Route Archangelsk—Wladiwostok befindet (200 km von der Beringstraße) wird durch gewaltige Polareisschollen aufgehalten. Die Schraubenwelle zersprang und die Schraube versank. Die Expeditionsleiter hoffen, daß der Eisbrecher treibend an lockeres Eis in die Beringstraße gelangen wird. Der Eisbrecher ist mit einem russischen Dampfer in Verbindung getreten, der sich in der Nähe des Kaps Deschnew befindet und den Eisbrecher in Schlepptau nehmen und ihn nach der Lawrentius-Insel oder in die Vorsehungsbay bringen wird. Die Besatzung des Eisbrechers ist wohlauf.

Getreidespeicher explodiert

Drei Tote, drei Schwerverletzte

Bologna, 23. September.

Bei der Desinfektion eines Getreidespeichers in San Giovanni in Persiceto mit Schwefelkohlengas ereignete sich heute eine Explosion, durch die das ganze Gebäude zerstört wurde. Drei Personen wurden getötet, drei schwer verletzt.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

52) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Ein Glück, daß wir die Agnes da haben!"

„Agnes, komm wir singen noch ein'n, den von vorhin nochmal!"

Die „Guitarrenagnes" nimmt ihr Instrument auf und fängt an, daran herumzustimmen. Rode kippt das Glas Bier hinunter, dann wischt er sich den Bart ab und dreht die Schnurrbartspitzen hoch. Er hat sich, ehe er Wilhelmshaven verlassen hat, fein eingedreßt. Sogar die noch aus dem Frieden stammende Paradejacke mit den blanken Knöpfen hat er unter dem Ueberzieher an. Neben Rode sitzt ein Matrose mit einem großen flächigen Brandmal. Das eine Ohr ist halb weg und die Haut der einen Gesichtshälfte zeigt bis zur Nase und zum Mund hin einen tiefen, bläulichen Schein. Auf seinem Mützenband steht S. M. S. „Derfflinger".

„Wo hast du das Ding eigentlich abgekriegt," fragt Rode.

„Skagerak — — ich war Ladenummer am ‚Backbord dritten'!"

Die Guitarreagnes ist mit dem Stimmen ihres Instrumentes fertig. Sie singt einen Schlager, den sie während des letzten Kriegsjahres in allen möglichen Kneipen vorgetragen und in ganz Braunschweig populär gemacht hat.

Die Matrosen singen den Refrain mit:

„Mensch sei helle, wenn's auch duster ist."

Der Matrose aus dem Roten Schloß kommt zurück:

„Noch immer dasselbe, die sitzen da und reden sich das Maul fußlig und warten auf Nachricht aus Berlin!"

„Ich hab eine Idee!" sagt Rode.

„Na, was denn, raus damit!"

„Wir können hier doch nicht anwachsen. Wir warten nicht länger auf den buckligen Usepeter, und auf seine Demonstration auch nicht. Wir ziehen mal erst allein durch Braunschweig, so ganz sachte und friedlich."

„Das machen wir!"

„Und die Agnes?"

„Agnes kommt mit!"

Und so ziehen die fünf durch die alten Straßen mit den schräg überhängenden Häusern, mitten auf dem Damm, in einer Reihe, eingeärmelt ineinander. Und vor ihnen her Agnes mit der Guitarre.

„Das gibt einen Hauptspaß!" meint Rode.

„Wenigstens schlafen wir nicht ganz ein."

„Und ärgern die Braunschweiger mal ein bißchen!"

Es ist kurz vor sieben Uhr, die Kaufläden sind noch geöffnet und blicken aus trüben gelben Fenstern auf die Straße hinaus. An den Türen stehen Frauen mit Einkaufstaschen, auch die Ladnerinnen kommen, um sich das Spektakel anzusehen.

Die Guitarreagnes spielt in einemfort ihren Schlager.

Die Matrosen marschieren hinterher und grölen:

„Mensch sei helle, wenn's auch duster ist . . ."

Schon marschieren sie nicht mehr allein. Einige Soldaten und Arbeiter haben sich angeschlossen. Nach zehn Minuten bewegt sich ein ganzer Haufen dem Stadtinnern zu. Doch noch ahnt niemand, daß dieser Zug zu einer Demonstration anwachsen wird, die eine knappe halbe Stunde später die Gefangenen befreit, vor der die Landespolizei kapituliert, zu der die Truppen überlaufen und die dem Herzog von Braunschweig die Krone abfordern wird.

Die Zeit ist reif. — Braunschweig ist bereit. —

Es bedarf nur noch eines kleinen Anstoßes.

Die schmalen Straßen füllen sich mit Menschen. Rechts und links von dem Zug, auf den Rinnsteinen, haben sie sich aufgestellt. Viele schließen sich an, viele werden mitgezogen. Die fünf Matrosen an der Spitze haben sich aus ihrer Einärmelung gelöst. Sie sehen die Menge anwachsen, und sie marschieren jetzt in festem Tritt. In ihren Köpfen brennt es wieder, wie vor Tagen in Kiel, wie gestern in Hamburg oder Bremen. Die Guitarreagnes hat die Spitze verlassen. Ihr Instrument achtlos an der Seite, läuft sie neben dem Zug her. Die umliegenden Straßen sind alle von Arbeitern bewohnt. Der Zug schwillt immer mehr an. Der „Hauptspaß" ist in eine Demonstration umgeschlagen, wie Braunschweig noch keine gesehen hat. Im Schein der wenigen Laternen, die auf dem Kohlmarkt brennen, sieht man Gewehre in den Händen der Marschierenden.

Bei der Polizei und in der Kommandantur gehen Meldungen über riesige, teilweise bewaffnete Haufen ein, die dem Stadtinnern zuströmen.

Der Herzog und die Herzogin sitzen bei der Abendtafel.

Der Garnisonälteste, Generalmajor Baron Digeon de Monteton, macht dem Herzog persönlich Meldung. Nach einer kurzen Besprechung mit seinen Ministern hält der Herzog es für ratsam, der Bewegung keine Gewalt entgegenzustellen. Er äußert den Wunsch, Blutvergießen nach Möglichkeit zu vermeiden, und veranlaßt einen entsprechenden Befehl.

Militär und Polizei konsignieren sich in den Kasernen.

Inzwischen stauen sich die aus allen Seitenstraßen herbeiströmenden Menschenmengen auf dem Kohlmarkt. Der lange schiefwinklige Platz kann die Menschen nicht fassen; bis in die abzweigenden Straßenschluchten hinein drängen sie sich. In der Mitte, vor dem Brunnen am Sack, stehen die Matrosen.

Der Derfflingermann mit dem Brandmal steigt auf den Brunnenrand hinauf. Soweit er den schlechtbeleuchteten Platz übersehen kann, sieht er erhobene Gesichter, und auch das Dunkel dahinter lebt und bewegt sich. Der Matrose hebt den Arm und zeichnet einen Kreis in die Luft und weiß nichts von dieser Geste, — nur die gespannte Stille unter sich spürt er. Und er fühlt, daß hier ein Volk wartet, daß etwas geschehen und die Masse ein Ziel bekommen muß.

Er hört seine Stimme, wie die von einem Fremden:

„Kameraden, Arbeiter . . ."

Eine lange Pause, — es ist wie ein großes Atemholen. Und niemand wird ungeduldig, niemand unterbricht die Stille. Man will auch keine Rede hören, nur eine gemeinsame Parole. Es muß etwas geschehen! Dieser plötzliche Aufmarsch muß einen Sinn bekommen.

Und der Matrose setzt wieder an:

„Kameraden, Arbeiter — — wir marschieren jetzt nach dem Gefängnis — — die Militärgefangenen befreien — — sie sollen als erste die Freiheit haben, die jetzt anbricht!"

„Nieder mit dem Militarismus!" — ruft Rode.

„Nieder!" kommt ein einziger Aufschrei zurück.

„Nach dem Gefängnis!"

„Nach dem Remmelberg!"

Und der Derfflingermann und Rode und die anderen Matrosen werden von dem lebendigen Strom durch die fremde Stadt getragen, durch gewundene Straßen mit alten Fachwerkfronten, in die moderne Bauten eingeflickt sind. Rufe steigen hoch. Singen springt auf und reißt an den Straßenbiegungen wieder ab.

Und dann stehen sie vor dem Gefängnis.

Die Matrosen haben die Tore der Arrestanstalt in Wilhelmshaven und sie haben auch die Gefängnistore in Bremen aufgehen sehen. Sie legen die Finger zwischen die Zähne und pfeifen. Die Menge ringsherum fängt an zu toben. Und auch hier geht die Tür auf, spaltbreit zuerst, ein Gesicht mit einem farblosen Bart lugt heraus. Hände greifen nach der Tür und zwängen sie auf. Die Matrosen dringen in das Gebäude ein. Das Volk strudelt hinterher.

Ein paar Wärter und Aufseher sind da.

Der Gefängnisinspektor sitzt im Büro.

Der Inspektor und die Wärter werden in die Gänge hineingeschoben und müssen die Zellen aufschließen. Am meisten überrascht sind die Gefangenen, die im Triumph auf die Straße hinausgetragen wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialismus oder Staatskapitalismus?*)

von Eduard Weckerle

Während die Aufsätze von Tarnow und Wels rein agitatorisch zu bewerten sind, da sie an entscheidenden Fragen, die durch die sogenannten Sozialisierungsanträge im Reichstag aufgeworfen werden, einfach vorbeigleiten, beansprucht ein kleines Schriftchen des ADGB, das den Titel „Umbau der Wirtschaft" führt, größere Beachtung, da es immerhin den Versuch einer sachlichen Erläuterung darstellt. Besser als die beiden erwähnten Zeitungsaufsätze erhellt dieses Schriftchen unbeabsichtigt aber auch all die Irrtümer, die dieser ganzen Aktion zugrunde liegen. So wird die Ursache der ständig wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus einzig und allein in der sogenannten Kapitalfehlleitung erblickt, während diese selbst doch nur eine Wirkung der den Kapitalismus bewegenden Gesetze ist. Nicht weil, wie Tarnow annimmt, der Kapitalist aus irgendeiner unerklärlichen Kurzsichtigkeit heraus viel zu viel Backöfen baut, können die Menschen kein Brot kaufen und geht der Unternehmer dann der in die Backöfen investierten Kapitalien verlustig, sondern weil der Profit nur aus unbezahlter Arbeitskraft zustande kommt und weil im Fortgang seiner Entwicklung der Kapitalismus die Arbeitskraft ständig mehr ausbeuten muß, wird der Ausgleich zwischen Produktion und Konsum im Kapitalismus immer unmöglicher und nehmen die Krisen demgemäß an Häufigkeit und Wucht zu.

Diese unterschiedliche Betrachtungsweise ist entscheidend. Bezieht man den Standpunkt Tarnows, dann trifft die Verantwortlichkeit für die Krisen nicht den Kapitalismus schlechthin, sondern nur den Kapitalisten und dann braucht die Arbeiterklasse nicht unbedingt die Axt an den Kapitalismus zu legen, sondern dann genügt es, die Planlosigkeit seines Tuns in etwas Planvolles aufzulösen. Das steht zwar wieder in einem gewissen Widerspruch zu der im Vorwort des Schriftchens enthaltenen Versicherung, die Arbeiterklasse habe jahrzehntelang allein gegen das sinnwidrige System in der Erkenntnis gekämpft, „daß der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn die Krisen ausgeschaltet werden sollen", aber praktisch läuft das, was die Anträge bezwecken, nicht auf einen Umbau der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus, sondern nur auf eine planmäßige Gestaltung unter staatlicher Regie hinaus.

Ist nun Staatskapitalismus wenigstens ein Fortschritt für die Arbeiterklasse?

Die Zahl der Bezirke, in denen dieser heute schon besteht, ist nicht gering. Unter staatlicher Regie stehen die Eisenbahnen, stehen viele Zechen. Ebenso haben die Gemeinden große Wirtschaftsunternehmungen in ihrer Hand vereinigt. Niemand wird behaupten wollen, daß sie sich grundlegend von Privatbetrieben unterscheiden. Wo der Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Gemeinden groß ist, wird sich dies in relativ besseren Arbeitsbedingungen und in einer relativ besseren Wahrnehmung der Konsumenteninteressen auswirken. Wird dieser Einfluß zurückgedrängt, dann bedeutet die Tatsache, daß Unternehmungen in öffentlicher Hand sind, weder nach dieser noch nach jener Seite eine Sicherung. Eher trifft das Gegenteil zu: dank der Tatsache, daß hinter solchen Wirtschaftsbetrieben die Macht des Staates usw. steht und daß sie eine Art Monopolstellung einnehmen, sind ihnen Arbeiter und Konsumenten noch schutzloser ausgeliefert als in der kapitalistischen Privatwirtschaft. Vor allem aber: am Charakter des Kapitalismus wird Grundlegendes und Entscheidendes nicht geändert. Der Ausbeutungscharakter bleibt.

Es ist darum auch klar, daß Sozialisierung nicht einfach auf dem Wege über Parlamentsanträge und parlamentarische Entscheidungen herbeigeführt werden kann. Sozialisierung setzt vielmehr die größtmögliche direkte politische und wirtschaftliche Aktivität der Arbeiterklasse, die Arbeiterkontrolle der Produktion, voraus, wobei diese bereits aus sich heraus die entsprechenden Kontrollorgane, die Arbeiterräte, derart weit herausgebildet hat, daß diese die Kontrollfunktionen übernehmen können. Mit anderen Worten:

Sozialisierung ist nicht ein wirtschaftstechnischer, sondern ein wirtschaftspolitischer Prozeß, in dem nicht die Planung, sondern die Machtentfaltung der Arbeiterklasse entscheidend ins Gewicht fällt.

Ist die Arbeiterklasse schwach, dann bleibt es auch den sorgfältigst ausgedachten Umbauplänen versagt, dies zugunsten der Arbeiterklasse zu korrigieren, wie umgekehrt eine machtvolle Arbeiterbewegung die der Sozialisierung entgegenstehenden Schwierigkeiten verhältnismäßig leicht und rasch aufzulösen vermag, weil diese nicht so sehr technischer als politischer Natur sind.

Die Notwendigkeit gesteigerter Aktivierung der Arbeiterklasse wird durch die Gewerkschaften und die SPD auch durchaus anerkannt. Ueberall sind Ueberlegungen im Gange, die Organisationen zu stärken. Im wesentlichen handelt es sich aber bei diesen Bemühungen nur um eine Vergrößerung der Zahl. Nun ist die Zahl sicher nicht unwichtig, aber sie ist allein auch nicht das Entscheidende. Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt Zeiten, wo die Zahl der Organisierten groß war, ohne daß sich diese in eine erhöhte Aktivität umsetzte, wie es andererseits auch Zeiten gab, wo an Zahl schwache Organisationen den Gang der Dinge bestimmend beeinflußten. Es ist also offenbar nicht so sehr die Zahl als der hinter ihr stehende Wille, ihre Einsicht und ihre Opferbereitschaft, die ins Gewicht fallen.

Auch die Sozialisierung ist für sie lediglich eine Frage der Zahl. SPD und Gewerkschaften beweisen dies schon allein durch den Umstand, daß sie diese Frage an einer Stelle aufrollen, wo lediglich die Zahl entscheidet: im Parlament. Das geschieht nicht nur, um die eingeleitete Aktion möglichst sichtbar zu machen, sondern das Parlament erscheint ihnen auch als der einzige Weg, über den man zum Sozialismus gelangen kann. Mit aller Eindeutigkeit spricht dies auch das Schriftchen des ADGB aus:

> „Voraussetzung für die Verwirklichung einer planmäßigen Gemeinwirtschaft ist die demokratische Staatsform. Nur (!) im demokratischen Staat kann die Kraft der unterdrückten Schichten gegen den Widerstand der alten Mächte wirksam werden."

Das ist keine bloße stilistische Floskel, sondern in diesem Satz zeigt sich das ganze Weltbild des Reformismus. Weil er allein in der Zahl das Entscheidende sieht, so kann er es sich auch gar nicht anders vorstellen, als daß „die Verwirklichung einer planmäßigen Gemeinwirtschaft" mit der demokratischen Staatsform steht und fällt und daß es außer dem Parlament für die Arbeiterklasse kein Kampffeld gibt, auf dem sie das Ringen für den Sozialismus aufnehmen kann.

Unverkennbar spielt in diese Betrachtungsweise noch ein weiterer entscheidender Irrtum hinein. Wir meinen die Erhebung des Staates zu einem über den Klassen stehenden Neutrum und seine Idealisierung zu einer Einrichtung, die nicht Sonderinteressen, sondern Allgemeininteressen wahrzunehmen hat. Immer wieder stößt man in dem ADGB-Schriftchen auf diese Vorstellungen. „Wer ist imstande, diese Bedarfsdeckungswirtschaft zu leiten? Nur die Allgemeinheit, vertreten durch den demokratischen Staat!" — „Wer soll diese Regelung durchführen? Nur derjenige, der die Gesamtheit des Volkes vertritt, der also stets das Gesamtinteresse berücksichtigt und daher die vielfachen Einzelinteressen innerhalb der Wirtschaft ausgleichen kann. Also nur der demokratische Staat." — „Nur der Staat ist in der Lage, Planwirtschaft zu betreiben, weil er das Gesamtinteresse vertritt." — „Wer kann hier rettend und regelnd eingreifen? Wiederum nur der demokratische Staat, weil er allein der Vertreter der Allgemeinheit, der Vertreter der Gesamtwirtschaft ist."

So viel Seiten, so viel Verherrlichungen und Idealisierungen des demokratischen Staates! Der alte Irrtum, der seit 1918 die Köpfe der Reformisten benebelte, ist noch heute so frisch lebendig, als wären die vierzehn Jahre seitdem nicht gewesen, als gäbe es nicht seit dem ersten Auftreten Brünings Präsidialkabinetts, die die Demokratie zu einem bloßen Schein degradierten und den Volkswillen konsequent ignorierten! Aber auch wenn der „demokratische Staat" heute noch mehr wäre als eine blasse Erinnerung an einen fernen Zustand — kann sich im Ernst jemand vorstellen, daß der Kapitalismus vor einem Votum im Parlament kapituliert? Der Grundfehler der reformistischen Betrachtungsweise ist unschwer nachzuweisen: sie geht davon aus, daß der Staat eine Wirtschaftsorganisation sei, während er in Wirklichkeit, ganz unabhängig von seinen äußeren Formen, eine Herrschaftsorganisation ist, also nicht sich zur Aufgabe stellt, entgegengesetzte Interessen unter einen Hut zu bringen und auszugleichen, sondern

die Herrschaft einer Klasse über die andere zu sichern.

Das schließt nicht aus, daß der Staat seine Macht gelegentlich in ein soziales und arbeiterfreundliches Gewand hüllt. Die schrumpfenden Profite gestatten ihm aber heute den Luxus sozialer Einrichtungen nicht mehr. Umgekehrt: der Kapitalismus kann nur noch bestehen, indem er die Massen sozial knechtet. Und eben weil die vollkommene soziale Entrechtung der Besitzlosen bis zur Bedrohung der nackten Existenz die einzige Voraussetzung für den Fortbestand seiner eigenen Existenz ist, darum streift er in diesem Stadium auch alle demokratischen Formen ab und beansprucht für sich die Allmacht über den Staat in der Form der Diktatur.

Den Reformisten erscheint das System Papen-Schleicher gewissermaßen nur als ein Betriebsunfall des in Weimar aus der Taufe gehobenen Weimarer Staates. Sie sehen nicht, daß dessen Formen sich wandelten entsprechend den gewandelten Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und daß die Diktatur die letzte Zuflucht der Kapitalisten als herrschender Klasse zur Erhaltung eben ihrer Klassenherrschaft ist. Würden sie dies zugeben, dann müßte für sie freilich auch die Zahl ihren Zauber verlieren und dann ständen sie vor der Konsequenz, ihre eigenen Organisationen, die heute wesentlich nur Wahl- und Werbemaschinen sind, in Kamporganisationen umzubilden und die Auseinandersetzungen über die künftige Gestaltung der Wirtschaft im unmittelbaren Ringen von Klasse zu Klasse zu entscheiden.

Inzwischen haben die Ereignisse wohl Klarheit darüber geschaffen, daß ein anderer Weg als der der direkten und unmittelbaren Aktion nicht bleibt.

> **Die sozialistische Bewegung hat nur die Wahl, sich auf revolutionären Boden zu stellen oder aber auf die gesteckten Ziele endgültig zu verzichten,**

das heißt, als eine Bewegung des Kleinbürgertums fortzubestehen. Sollen darum die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag wirklich als der Beginn einer sozialistischen Aktion und nicht nur als ein verzweifelter Versuch gedacht sein, eine ins Stocken geratene Wahlmaschinerie wieder in Gang zu setzen, dann dürfen SPD und Gewerkschaften keinen Augenblick länger ihre Anhänger auf Wahl- und Parlamentsentscheidungen vertrösten, sondern dann müssen sie ungesäumt die Reaktion zum Kampfe stellen und sich für die direkte Abwehr aller neuen Bedrohungen im Bunde mit den übrigen Organisationen des klassenbewußten Proletariats einsetzen. Tun sie dies nicht, verlassen sie sich weiter auf die bloße Zahl und die Spielregeln der Demokratie, das heißt, wiegen sie die Arbeiterklasse weiter in der Illusion, der Sieg des Sozialismus führe über den Staat und erwachse nicht aus der Macht der Arbeiterklasse selbst, dann wäre der Argwohn berechtigt, daß sie selbst ihre sozialistische Aktion nicht ernst nehmen.

*) Siehe die Beiträge in der SAZ vom 23., 28. August, sowie vom 4. September vom gleichen Verfasser.

Englische Arbeitslosenkämpfe

Liverpool, 23. September.

Bei einer Arbeitslosenkundgebung kam es hier zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Die Polizei ging wiederholt mit dem Polizeiknüppel vor. Insgesamt wurden zwölf Personen verhaftet und sechs Personen, darunter ein Polizeibeamter, verletzt.

40-Stundenwoche im Genfer Arbeitsamt

Der zur Zeit tagende Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (I. A. A.) in Genf hat sich vor allem mit einem Antrag der italienischen Regierung auf internationale Einführung der allgemeinen 40-Stundenwoche — aber nur in der Industrie — beschäftigt. Im Verwaltungsrat sprachen sich sämtliche Arbeitervertreter, wie auch einige Regierungsvertreter dafür, alle Unternehmervertreter, mit Ausnahme des italienischen, dagegen aus. Es wurde nun mit 16 gegen 5 Unternehmer- und einer Stimme der englischen Regierung beschlossen, im Januar 1933 eine Arbeitskonferenz einzuberufen, in der vor allem diese Frage beraten werden soll. Dazu sollen auch die nichtangeschlossenen Staaten, wie USA. und die Sowjetunion, geladen werden.

Man kann schon jetzt sagen, daß die ganze Aktion wenig Zweck haben wird und nur bei den Arbeitermassen falsche Hoffnungen auslösen soll, damit sie vom wirklichen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit abgelenkt werden. Wie wenig Zweck die Beratungen und Beschlüsse des I. A. A. in der Praxis haben, beweist allein die Tatsache, daß schon 1919 vom I. A. A. die berühmte Achtstundentag-Konvention beschlossen wurde, aber bis heute von den wenigsten Regierungen anerkannt und praktisch nirgends durchgeführt ist. Ein Beweis mehr, daß nur der Kampf der Arbeiter selbst die längst notwendige Arbeitszeitverkürzung erzwingen kann.

Der alte Lohntarif wieder in Kraft

Leipzig, 23. September.

Die Tarifverhandlungen in der ostsächsischen Textilindustrie wurden am Donnerstag vor dem Schlichter in Leipzig fortgesetzt. Das Ergebnis war, daß der zum 13. August 1932 gekündigte Tarifvertrag vom 16. Dezember 1931 mit Wirkung vom 22. September 1932 wieder in Kraft gesetzt wurde. Er kann mit 14tägiger Kündigungsfrist erstmalig zum 30. November 1932 gekündigt werden.

Wechsel in der sowjetrussischen Botschaft in London

Wie „News Chronicle" meldet, ist der sowjetrussische Gesandte in Finnland Iwan Michaelowitsch Maiski zum Nachfolger des bisherigen sowjetrussischen Botschafters in London Sokolnikoff ausersehen.

Ab Montag

Hunderte wichtige tägliche Bedarfsartikel, die Sie sonst weit höher bezahlen müssen

Besichtigen Sie unsere Fenster

MESSOW WALDSCHMIDT

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Hauptmann a. D. auf dem Kriegspfade

oder

Hans von Specht im Bunde mit den Hausbesitzern

„Raus aus dem roten Neumieterschutzverbande", das ist der Kriegsschrei des Hausbesitzersprößlings und Referent für Siedlungswesen der NSDAP, Herrn von Specht. Nachdem dem Herrn Hauptmann sein strategischer Plan, den Neumieterschutzverband zu erobern, ihn unter die Führung der nationalsozialistischen Partei zu bringen, nicht gelungen ist, hat er eine andere Stellung bezogen, um so der ihm und seinen Auftraggebern so verhaßten Neumieterschutzbewegung den Garaus zu machen. Aber der Herr Hauptmann ist ein schlechter Stratege. Ein großer Teil seiner Mannen haben ihm beim ersten Vorstoß bereits die Gefolgschaft versagt. Die groß angekündigte Schießwerderversammlung war nicht besucht von Angehörigen des Neumieterschutzverbandes, sondern einige abkommandierte SA-Leute begrüßten den aus einer verloren gegangenen Schlacht kommenden General der NSDAP.

Wenn die Versammlungsbesucher hofften, nun von dem Referenten für Siedlungswesen der NSDAP etwas über die Notlage der Mieter zu hören, wurden sie, was bei der großen Intelligenz des Herrn Hauptmann vorauszusehen war, stark enttäuscht. Aber ein solch guter Militär-Stratege, wie es nun einmal Hans von Specht sein will, weiß sich zu helfen. Die mangelnde Unkenntnis über Wohnungsfragen und die Tatsache, daß die NSDAP bisher nie etwas für die Interessen der Mieter übrig hatte, wurde dadurch ersetzt, daß man in üblen Plattheiten versuchte, führende Funktionäre des Neumieterschutzverbandes sowie führende Beamte der einzelnen Behörden durch den Schmutz zu ziehen. Der einzige Ausweg, den Herr von Specht und sein Gauleiter, der Reichstagsabgeordnete Schönwälder zeigte, war, daß Mieter und Vermieter zusammengehen müssen.

Die Mieter sollen also den Hausbesitzern zum Fraß hingeworfen werden.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß, wenn Prinzen und Fürsten und sonstige Kuponabschneider eine Arbeiterpartei gründen, die Arbeiter dieser Partei immer nur schützend vor die hohen Pensionen, Renten und Dividenden gestellt werden, während sie selbst verhungern müssen. Wenn es Prinzen möglich ist, Arbeiter vor ihren Karren zu spannen, dann muß es auch der Herr Hauptmann als Hausbesitzersprößling fertig bringen, die Mieter vor den Karren der Hausbesitzer zu bekommen. Dies war natürlich unmöglich im Neumieterschutzverband. Deshalb muß der Neumieterschutzverband als roter Neumieterschutzverband gestempelt werden, um so zu mindestens eine kleine, wenn auch blöde Begründung für die Schaffung einer Mieterorganisation, die sich in den Dienst der Hausbesitzer stellt, zu finden. Herr Hauptmann von Specht und seine Partei werden dabei allerdings in der Achtung des Großhausbesitzes gestiegen sein, jedoch seine Anhänger werden genau so wie es heute bereits die SA-Stürme tun, rebellieren. Jedem Mieter, auch wenn er selbst nationalsozialistisch eingestellt ist, muß klar sein, daß die Interessen der Hausbesitzer und die Interessen der Mieter ganz entgegengesetzte sind.

Hier kommt aber zugleich das wahre Gesicht der nationalsozialistischen Partei zum Ausdruck. Prinzen und Arbeitern, Mietern und Hausbesitzern wurden Versprechungen gemacht. Nutznießer dieser Bewegung sind auf der einen Seite die Prinzen und Kuponabschneider und auf der anderen Seite der Großhausbesitz. Daß die NSDAP am wenigsten das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, sich die Partei der Mieter zu nennen, sei an folgendem Beispiel erwiesen:

Auf eine Anfrage der Dresdner Mieterorganisation vor den Reichstagswahlen an alle Parteien um ihre Stellungnahme zum Mietsproblem antwortete die NSDAP wie folgt:

folgt:

„Die NSDAP lehnt es ab, sich im Interesse eines einzelnen Volkskreises verwenden zu lassen. Die an sie gestellten Fragen beantwortet die NSDAP daher nicht."

Also die Interessen der Mieterschaft werden von der NSDAP nicht im Interesse eines Volksganzen gesehen, weil ja kaum 15 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung dadurch einigen Schaden nehmen können. Die Rebellion der Mieter gegen die unerhört hohen Mieten wächst wieder von Tag zu Tag. Die Hausbesitzer fühlen ihren Geldbeutel bedroht, deshalb fühlt sich die NSDAP unter Führung ihres glorreichen Strategen, des Herrn Hauptmann a. D., berufen, die Mieterschaft davon zu überzeugen, daß die Not der Hausbesitzer die Not der Mieter sei.

Niemals hat die NSDAP der Not der Mieter Rechnung getragen, sondern immer war sie dort zu finden, wo es galt, die Interessen der Hausbesitzer zu vertreten. Wie sagte doch Herr Schönwälder in einer vor der Wahl abgehaltenen Haus- und Grundbesitzerversammlung?

„Die Interessen der Hausbesitzer sind am besten in der NSDAP vertreten. Die Hausbesitzer müssen in der NSDAP sein, um bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen stärker im Stadtparlament vertreten zu sein, d. h., daß im nächsten Stadtverordnetenparlament nicht in allererster Linie die Interessen der Mieter, sondern unter Führung des Herrn Hauptmann a. D. die Interessen der Großhausbesitzer und Baulöwen vertreten werden sollen."

Wir halten die Mieterschaft, ganz gleich ihrer politischen Einstellung, für erfahren genug, um diesen Gimpelfang zu durchschauen. Die Gründung der nationalsozialistischen Mieterbewegung in Breslau ist nichts weiter, als der Versuch, der Mieterschaft in ihrem berechtigten Kampf gegen die hohen Mieten in den Arm zu fallen. Das haben die Mieter, vor allen Dingen die Neubaumieter, bereits erkannt. Der Besuch der Schießwerderversammlung hat das bestätigt. Knapp 1000 Menschen, nur keine Neubaumieter, langweilten sich bei den Ausführungen des neuen „Führers" der Mieterbewegung. Die Neubaumieter halten ihrer alten Organisation die Treue. Der Organisation, die es bisher vermocht hat, immerhin beachtenswerte wenn auch nicht immer genügende Erfolge für die Mieter herauszuholen. Unzähligen Mietern wurde durch den von den Nazis als rot betitelten Neumieterschutzverband ihre Wohnungen erhalten. Die Neubaumieterschaft weiß, daß uns in der nächsten Zeit schwere Kämpfe bevorstehen. Diese Kämpfe können nicht geführt werden von einem braunen Mieterverein, in dem nur einige abgetakelte Offiziere im Auftrage der Hausbesitzer zu kommandieren glauben, sondern diese Kämpfe können nur überwunden werden durch eine klare Mietspolitik, die nur gewährleistet ist bei einer Organisation, die aufgebaut ist auf überparteilicher Grundlage. Die Nationalsozialisten wollen ein Parteigeschäft, ihnen sind die Interessen der Mieter keinen Pfifferling wert, ihnen geht es darum, die Interessen derer zu wahren, die von den Mietern scharf bekämpft werden müssen. Deshalb Beamte, Kleingewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter, haltet Eurem Neumieterschutzverband die Treue, stärkt unsere Organisation, indem Ihr aufklärend in Eurem Bekanntenkreise wirkt, daß trotz der Hetze, die von seiten des Herrn Hauptmann von Specht und seinen Trabanten gegen Eure Mieterbewegung unternommen wird, die Interessen der Mieter nur durch den Neumieterschutzverband wahrgenommen werden können. Helft unsere Organisation ausbauen und Herr von Specht wird seine zweite Schlacht verloren haben.

Ungeheure Strafanträge!

„Weiteres Verfahren vorbehalten!"

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 23. September.

Der Donnerstagabend und Freitagvormittag brachte das Ende der Beweisaufnahme. Anstelle des verreisten Oberbürgermeisters gab Bürgermeister Reichert ein Leumundszeugnis für die angeklagten Stadtverordneten ab. Er bekundete, daß er die Angeklagten als ruhige, überlegte Menschen kenne, denen ein Landfriedensbruch nicht zuzutrauen sei. So habe Ufert oft, wenn „unruhige Elemente" die Notstandsarbeiter im städtischen Gut Neuhof „aufputschten", diese Streitigkeiten zur vollen Befriedigung des Magistrats beigelegt. Ferner gibt er zu, daß Höer im Kapp-Putsch Demonstrationen usw. abwürgte, indem er zusammen mit dem Militärbefehlshaber (!) und dem Oberbürgermeister einen „Aufruf zu Ruhe und Ordnung" herausgegeben hatte. Also, das beste Zeugnis, das ein Vertreter der herrschenden Klasse den Angeklagten ausstellen kann!

Sanitätsrat Dr. Bölge gab ein Gutachten für den Angeklagten Goldschmidt ab, der als Psychopath für seine Handlungen nicht voll verantwortlich sein kann, § 51 kommt allerdings nicht in Frage. Damit ist die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Um ¼4 begannen die Plädoyers. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Semmt führte etwa folgendes aus: Am 25. 6. habe die Eiserne Front einen Propagandaspaziergang angeordnet, obgleich man mit Unruhen rechnen mußte. Nur dem energischen Vorgehen der Polizei sei es zu verdanken, daß größere Ausschreitungen vermieden wurden. Jeder, der sich um diese Zeit auf der Goldberger Straße befand und sich an den Spaziergängen beteiligte, müsse sich bewußt gewesen sein, daß er sich in einer Menge befinde, von der Ausschreitungen begangen wurden. Daher seien auch die

Entlastungszeugen

tatverdächtig und er behalte sich vor,

gegen diese Zeugen ein weiteres Verfahren einzuleiten!

Dagegen seien die Aussagen der Polizeibeamten durchaus glaubwürdig, und wenn dem einen oder dem anderen ein kleiner Irrtum nachgewiesen worden sei, so sei dies ohne Belang. Ufert, Höer und Späte seien Rädelsführer zu betrachten. Wenn sie vielleicht auch objektiv die Menge nicht geführt hätten, so hätte doch die Menge in ihnen, den Gewerkschaftsführern, ihre Führer gesehen. Die übrigen Angeklagten hätten sich durch ihre Anwesenheit auf den Straßen des Landfriedensbruches strafbar gemacht, zum Teil verstärkt durch Widerstand gegen die Staatsgewalt und Gewalttätigkeit. Der größte Teil der Angeklagten sei eigentlich mit Zuchthaus zu bestrafen, aber mit Rücksicht auf ihre Unbescholtenheit und weil keine schwereren Vorfälle vorgekommen seien, könne man sich mit Gefängnis begnügen. Allerdings müßten die Strafen andererseits abschreckend wirken, und dafür seien ja die Sondergerichte eingesetzt, damit man merke, „daß es noch Richter in Deutschland gibt". Er beantragte daher: Für Ufert 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, für Höer und Späte je 1 Jahr, für Moser und Hauke je 9 Monate, für Elsner 7 Monate, für die übrigen Angeklagten Krause, Gerschau, Goldschmidt und Alt je 6 Monate Gefängnis. Der angeklagte Nazi erhielt nur 1 (einen!) Monat Gefängnis.

Ueber die Plädoyers der Verteidiger berichten wir mit dem Urteil, das am Sonnabend zu erwarten ist.

Man läßt Milde walten

Mindeststrafe für einen schwer bewaffneten Nazi

Vor dem Breslauer Sondergericht hatte sich der nationalsozialistische Schneidermeister Barcyk, Boberplatz 3, zu verantworten.

Barcyk und sein Stiefsohn hatten sich am Wahlsonntag, den 31. Juli, in ihrem Siegestaumel schwerbewaffnet auf der Straße herumgetrieben, Barcyk mit einem Revolver und einem Gummiknüppel, sein Sohn mit einer Axt in der Hand, wobei sie vorübergehende Passanten belästigten und zu erschießen drohten. Am Vormittag des Tages fuhren drei Jugendgenossen der Jungen Front vom Wahllokal Klodnitzschule nach ihrem Distriktslokal und wurden von einem mit SA-Leuten besetzten Auto verfolgt und angegriffen. Der Zeuge Kranz wurde an den Rinnstein gedrückt und stürzte mit dem Rade, worauf er es liegen ließ und vor den nationalsozialistischen Banditen die Flucht ergriff. Dabei stellte sich ihm auf dem Boberplatz Barcyk entgegen, bedrohte ihn mit einem Revolver und schlug ihn mit dem Gummiknüppel.

Die Belastungszeugen bekundeten übereinstimmend, daß Barcyk einen Revolver und Gummiknüppel mit sich geführt habe. Die Entlastungszeugen, zum größten Teil Insassen des die Genossen verfolgenden SA-Autos, wollen nichts gesehen haben. Auf die naive Frage des Verteidigers Dr. Rebitzki an einen der Zeugen, ob er sich nicht getäuscht habe und die Gegenstände eine Schere und Feile gewesen seien, verneint der Zeuge mit aller Bestimmtheit. Barcyk selbst bestreitet einen Revolver, nicht aber, einen Gummiknüppel gehabt zu haben. Als Barcyk in seine Wohnung zurückgekehrt war, nahm man jedoch eine Haussuchung bei ihm vor, bei der ein Gummiknüppel und eine Revolvertasche gefunden wurde. Der Polizeibeamte, der die Tasche fand, sagte aus, daß nach dem Staub auf der Tasche zu schließen, noch vor ganz kurzer Zeit eine Pistole darin gewesen sein müßte. Verurteilen wird man das Verhalten der Polizei, die es nicht verhinderte, daß noch vor einer zweiten Haussuchung, die bald darauf stattfand, zwei uniformierte SA-Leute Barcyks Wohnung betraten, worauf ihn natürlich nichts mehr gefunden wurde.

Staatsanwaltschaftsrat Beier beantragte gegen Barcyk wegen Nichtanmeldung der Waffe die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis, wegen Körperverletzung, begangen aus politischen Beweggründen, und Drohung mit der Pistole eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, zusammengezogen in 9 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Rebitzki stellte natürlich die Aussagen der Belastungszeugen als unwahr hin und beantragte Freispruch. Das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kaempf verurteilte Barcyk nach langwieriger Beratung wegen Nichtanmeldung von Hieb- und Schußwaffen zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Wegen Verstoßes gegen das Schußwaffengesetz zur Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis und wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen aus politischen Beweggründen, zu 3 Monaten Gefängnis, zusammengezogen in eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten.

Spinale Kinderlähmung und Diphtherie

Waldenburg, 23. September.

In Waldenburg-Altwasser ist ein 11jähriges Mädchen, das einzige Kind der Eheleute Pelz an der spinalen Kinderlähmung verstorben. Es ist dies das dritte Todesopfer der spinalen Kinderlähmung im Kreise Waldenburg.

Breslau, 23. September.

In Breslau haben sich in dieser Woche fünf neue Fälle an spinaler Kinderlähmung ergeben. Seit Juni d. Js. sind somit 36 Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen.

Rothwasser OL., 23. September.

Hier wurde ein Fall spinaler Kinderlähmung festgestellt. Das erkrankte Kind wurde in ein Görlitzer Krankenhaus geschafft. Der Kreisarzt hat die Schließung der betreffenden Schule auf 14 Tage angeordnet.

Falkenberg OS., 23. September.

In Lamsdorf ist in den letzten Tagen Diphtherie unter den Schulkindern in einem derartig starken Maße aufgetreten, daß die Schule bis auf weiteres geschlossen werden mußte. Die Epidemie hat bis jetzt ein Todesopfer gefordert.

Freigesprochen!

Wegen Unterschlagung hatte sich gestern vor dem Breslauer Schöffengericht der frühere Bezirksleiter der Roten Hilfe für Schlesien, Siegfried Preis, zu verantworten. Preis war am 3. August 1932 plötzlich entlassen worden und hatte daraufhin die „Rote Hilfe" vor dem Arbeitsgericht verklagt. Die „Rote Hilfe" hatte ihrerseits damit geantwortet, ihren früheren Bezirksleiter wegen einer angeblichen Unterschlagung von 699 Mark vor den Kadi zu zitieren. Die Verhandlung ergab jedoch ein mehr als unklares Bild von der Geschäftsführung der „Roten Hilfe", so daß das Gericht den Angeklagten Preis, dem die Unterschlagung mit Bestimmtheit nicht nachgewiesen werden konnte, freisprach.

Drei Selbstmorde

Brieg, 23. September.

Der 32jährige Versorgungsanwärter Wilhelm Sch. wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich durch einen Schuß ins Herz getötet. — Der 30jährige Schneider Ernst T. wurde in seiner Wohnung bewußtlos gasvergiftet aufgefunden. Die Gaslampe sowie ein Gashahn waren geöffnet. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Zwischen Moselache und Neue Welt wurde der seit dem 7. d. M. vermißte Fleischer Ernst Czauderna tot aufgefunden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten dürften ihn zu dem Selbstmord veranlaßt haben.

Berichtigung

Die Veranstaltung im Konzerthaus am 2. Oktober fängt nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet, um 20 Uhr, sondern schon pünktlich um 19.30 Uhr an.

Ferner muß es heißen, die Distriktsführer sollen die Genossen und Genossinnen, die mehr als 20 Jahre politisch organisiert sind, bald melden.

Morgen, Sonntag 9.30 Uhr, alles in der

Bezirkskonferenz

Genosse Claus Zweiling referiert

„Schluß mit Wels und Co.?"

Im Heft 37 des „Tagebuch" erscheint ein Artikel, „Schluß mit Wels u. Co.", dessen Verfasser — Monitor — von der Redaktion mit folgender Bemerkung näher bezeichnet wird: „Eine Vereinbarung mit dem Verfasser nötigt uns, weder seinen Namen zu nennen, noch Andeutungen über seinen „politischen Ort" zu machen. Wir bedauern es, da es an sich schon signifikant (alarmierend) wäre."

So gewinnt die Veröffentlichung, deren Verfasser also der Lindenstraße nicht allzu fern stehen dürfte, für uns an Interesse, nicht wegen der Mitteilungen selbst, die bestimmt nicht neu sind, aber wegen der Art, mit der man auch heute noch die Krise der SPD, ja der gesamten Arbeiterbewegung überwinden zu können vermeint. Den Inhalt des Artikels geben wir am besten mit seinen markantesten Sätzen wieder:

„Es rumort in der Sozialdemokratie." Das wird mit einigen Vorgängen der letzten Wochen belegt, um dann die Frage der Neuordnung folgendermaßen anzuschneiden: „Die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie hängt trotzdem davon ab, ob sie die Kraft zu dem Entschluß aufbringt, die Generäle Wels, Hilferding, Breitscheid, Severing und wer immer als Person und Name sichtbar mit diesem Kurs des schauerlichsten Mißerfolges verknüpft war, politisch zur Disposition zu stellen. Nur ein sichtbarer System- und Regimewechsel, der unverweilt vollzogen wird, gibt der Sozialdemokratie die Chance, wieder ein politischer **Machtfaktor zu werden.**"

Diese Feststellungen zwingen den Verfasser, nach den neuen „Führern" Umschau zu halten; und wenig ermunternd klingt es über die SPD: „Sie ist weder geistig noch personell für eine große Umstellung gewappnet." Und weiter: „Sucht man aber ernsthaft nach Führerqualitäten von Rang unter dem Nachwuchs, so besteht die Antwort leider in einer riesigen Fehlanzeige." Dabei billigt der Herr „Monitor" den jüngeren Kräften in den SPD-Fraktionen nur die Stellung von „interessanten Außenseitern" zu. Seine einzige Hoffnung, leider der SPD entschwunden, war die „Rosenfeld-Seydewitz-Gruppe", von der man liest: „Hätte sie nicht in unbegreiflicher Torheit ihren Konflikt vor Jahr und Tag auf die Spitze getrieben, sondern durchgehalten, so hätte diese Spannung jetzt den natürlichen Ausgangspunkt für einen Umschwung gebildet." Das würde stimmen, wäre die SAP nur eine Gruppe von Nörglern, von verhinderten SPD-Führern; der Verfasser scheint jedoch zu übersehen, daß zwischen der SAP und der SPD ein grundsätzlicher Unterschied besteht, der durch eine kleine Führerverschiebung nicht zu verwischen ist.

Nach der wenig ersprießlichen Führerumschau bleibt dann nur noch der „Kern der Partei" übrig, der besoldete und unbesoldete „Funktionärkörper", in dem sich „ein Stamm von gutem, wenn auch nicht überragendem Format und viel gesundem Menschenverstand angesammelt hat." Noch stärker wird dieser „Kern" umrissen, geistig: „Für ihn ist die Politik auch keine geistige, sondern lediglich eine organisatorische Angelegenheit", materiell: „Für ihn ist aber auch der Fortbestand der Sozialdemokratie eine Lebensfrage." Auf alle Fälle bleibt die SPD ein hoffnungsloser Fall; eine Partei, die aufgebaut ist (immer mit den Augen des Verfassers des Artikels im „Tagebuch") wie ein Wirtschaftsunternehmen: maßgebend für die Leitung der Firma bleibt die Verdienstmöglichkeit, daß hier die Ware „Politik" heißt, ändert nichts an der Sache. Bestätigt wird dieses gallebittere Urteil durch den Schluß, der die Dinge noch einmal scharf umreißt: „Die Frage bleibt lediglich, ob der Typ des jüngeren Parteifunktionärs, von dem hier gesprochen wird, den nötigen Mut zum Handeln aufbringt. Sie müssen den Führern zur Niederlage die seidene Schnur schicken. Sie müssen es in ihrem ureigensten Interesse. Die Partei wird in noch schnellerem Tempo wie die Staatspartei zugrunde gehen, wenn es nicht bald geschieht....."

Hier scheint uns der Herr Monitor zu phantasieren; das ist wichtig zu erkennen für die Arbeit der SAP. Die Möglichkeit der praktischen Bedeutungslosigkeit dieser Massenpartei ist in greifbare Nähe gerückt. Das ist noch lange nicht gleichbedeutend mit ihrer organisatorischen Liquidierung. Im Gegenteil: jahrelange Erziehung im parlamentarischen Sinne haben den sozialdemokratischen Arbeitern die Fähigkeit genommen, politische Kräfteverteilung in Ursache und Wirkung richtig zu ermessen. Sie klammern sich in ihrer eigenen Hoffnungslosigkeit ängstlich an ihre Stimmenzahlen, an ihre „große Partei" und deren große Tradition. Wir glauben nicht an diesen großen Führerrutsch in der SPD; käme es doch dazu, so würde das bei den SPD-Arbeitern wiederum den Gedanken erwecken, daß es nun endlich „anders" werde.

Die Ausschnitte aus dem zitierten Artikel haben uns die Auswegslosigkeit der SPD klar gezeigt. Neue Führer reichen nicht aus, es gilt, abzugehen von demokratisch-parlamentarischen Illusionen.

Das jedoch gilt es, den Sozialdemokraten klar zu machen. Täuschen wir uns nicht über die Schwierigkeiten. Die KPD hat sich die Arbeit zu leicht gemacht. Der SPD-Arbeiter ist dadurch unzugänglicher denn je. So müssen wir auch fremde Fehler mitbüßen. Die Sache der Arbeiterschaft, der Sozialismus, fordert trotz allem die Lösung von uns, der SAP.

Politische Justiz in Indien

In der Provinz Sindh und in der Präsidentschaft Bombay sind vom Januar bis zum Juli dieses Jahres 11 413 Personen, darunter 637 Frauen, wegen „zivilen Ungehorsams" verurteilt worden.

Reichsbanner-Ortsgruppen aufgelöst!

Auf Anordnung des kommissarischen preußischen Staatsministeriums ist durch die Ortspolizeibehörde des Städtchens Richtenberg in Vorpommern die dortige Ortsgruppe des Reichsbanners aufgelöst worden. Als Grund wird angegeben, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft". Im einzelnen wird die Maßnahme damit „gerechtfertigt", daß verschiedene Mitglieder und Funktionäre der Reichsbannerortsgruppe in einem Prozeß wegen eines Zusammenstoßes mit Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden seien, ohne daß das Reichsbanner dann die Verurteilten aus seinen Reihen entfernt habe.

Das Vorgehen des preußischen Staatsministeriums ist rechtlich unhaltbar, weil die Reichsbannergruppe von Richtenberg gar keine eigenen Satzungen hat, die den Strafgesetzen zuwiderlaufen könnten; vielmehr gelten für diese wie für alle anderen Reichsbannerortsgruppen die Bundessatzungen, in denen die Rechte und Pflichten der Ortsgruppen festgelegt sind. Vor allem aber ist die Maßnahme natürlich politisch empörend, wenn man daran denkt, daß bisher noch keine einzige Ortsgruppe der NSDAP oder irgend eine SA- oder SS-Formation aufgelöst worden ist. So fügt sich diese Maßnahme der preußischen kommissarischen Regierung in das allgemeine Bild des Zustandes eines doppelten Rechtes sehr passend ein.

Wie wir weiter erfahren, hat Staatskommissar Dr. Bracht nunmehr auch die Auflösung der Ortsgruppe Ohlau (Schlesien) des Reichsbanners verfügt. Die Staatsregierung erklärt, sie sähe in dem Verhalten der Reichsbannerortsgruppe Ohlau bei den bekannten Vorfällen am 10. Juli einen Verstoß gegen § 2 des Vereinsgesetzes, nach dem Vereine aufgelöst werden können, deren Zwecke gegen die Strafgesetze verstoßen.

Aus dieser neuen Maßnahme ergibt sich, daß es sich um ein systematisches Vorgehen der Regierung gegen das Reichsbanner handelt. Dagegen muß die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung Protest erheben.

Rechtsmittel statt Kampf

Berlin, 23. September.

Wie die Bundespressestelle des Reichsbanners mitteilt, wird das Reichsbanner weiter Einlegung aller Rechtsmittel gegen die Verfügungen auf Auflösung seiner Ortsgruppen Richtenberg in Vorpommern und Ohlau vorgehen, weil der Bundesvorstand des Reichsbanners der Auffassung sei, daß die von dem stellvertretenden Reichskommissar Dr. Bracht angegebenen Gründe nicht ausreichend für eine Auflösung seien.

Rebellion im A. V. der Bankangestellten

Am 20. September fand nach einer Pause von ca. drei Monaten die erste Mitgliederversammlung des AV in Berlin statt. Der Verbandsvorsitzende Emonts referierte über: „Unsere Stellungnahme zur Papenverordnung." Er kritisierte nicht nur die letzte Notverordnung, sondern wies auf die falsche Tolerierungspolitik der Spitzengewerkschaften hin unter besonderer Darlegung der „oppositionellen" Haltung der AV-Funktionäre in der Afa.

In der Diskussion sprachen alle Redner oppositionell. Unter starkem Beifall kritisierten sie die Notverordnung und die Stillhaltepolitik der Gewerkschaften. Folgende Resolution der Opposition wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die am 20. 9. tagende Mitgliederversammlung des AV, Ortsgruppe Berlin, nimmt mit Empörung Kenntnis von den Maßnahmen der Papen-Regierung. Sie protestiert gegen die Lohnabbauverordnung, die Zerschlagung der Tarife und der Sozialpolitik. Sie sieht in den Verordnungen der Regierung keinen Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit, vielmehr nur eine unerhörte Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung.

Deshalb fordern die Mitglieder des AV im Gegensatz zur bisherigen Politik der Gewerkschaften, die praktisch auf Tolerierung hinausläuft, den vollen Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, d. h. in der heutigen Situation nicht Volksentscheid und andere nutzlose parlamentarische Manöver, sondern außerparlamentarische Aktionen bis zum Streik.

Zur Vorbereitung dieser Aktionen verpflichten die Anwesenden die AV-Betriebsräte, unverzüglich Betriebsversammlungen durchzuführen. Zentral- und Gauvorstand werden beauftragt, die gesamte Bankangestelltenschaft zu mobilisieren durch sofortige Einberufung von öffentlichen Versammlungen und Betriebsrätekonferenzen auf breitester Grundlage."

Die Leitung der Versammlung und der Referent Emonts hatten zwar versucht, durch Einbringung der in Nr. 17/18 der AV-Zeitung veröffentlichten Entschließung der Zentralverwaltung vom 11. September als eigene Resolution die Entschließung der Opposition nicht zur Abstimmung zu bringen. Sie sah sich aber doch gezwungen, über beide Resolutionen abstimmen zu lassen. Dabei ergab sich, daß nur die Hälfte der Abstimmenden für die Resolution des Vorstandes stimmte, während, wie schon erwähnt, die Resolution der Opposition gegen nur wenige Stimmen angenommen wurde.

Es gilt dafür zu arbeiten, daß sich diesem Beschluß die Mitglieder aller Afa- und ADGB.-Verbände in ihrer großen Mehrheit anschließen und alles tun, um ihn überall in die Tat umzusetzen.

Severing in Seide

„Dieses Bild darf in keinem Haushalt fehlen"

Man möchte es für einen traurigen Witz halten, aber es ist leider Wahrheit: Das folgende Rundschreiben wird an die Ortskartelle des ADGB verschickt! Es ist ein besonders beredtes Zeugnis für die politische Verranntheit und Unbelehrbarkeit einer reformistischen Führerklique, die alle sozialistischen Ideen längst preisgegeben hat, aber um so fanatischer an einem byzantinischen Kult von Personen festhält, die vor der Geschichte hundertprozentig versagt haben

Werte Kollegen und Genossen!

In den letzten Wochen haben sich in Deutschland politische Ereignisse abgespielt, die zweifelsohne für die spätere Entwicklung und für die Geschichte von Bedeutung sind.

Die Textilarbeiter in Krefeld haben deshalb beschlossen, die Entfernung unseres Genossen Severing aus seinem Amt als Innenminister in Preußen am 20. 7. 1932 im Bild festzuhalten.

Karl Severing hatte unbedingt recht, wenn er sagte, daß in diesen Tagen Geschichte geschrieben würde.

Wir haben uns entschlossen, ein Bild des Genossen Severing in Seide mit der Unterschrift

„Ich weiche nur der Gewalt,
Carl Severing am 20. 7. 32."

anfertigen zu lassen.

Dieses Andenken wird zweifelsohne von allen Gewerkschaftlern, Mitgliedern der Eisernen Front und Parteigenossen gerne gekauft werden. Ja, wir sind der Meinung, daß dieses Bild in keinem Arbeiterhaushalt fehlen darf.

Der Preis ist so gesetzt, daß die Ortsausschüsse oder wer sonst am Ort den Vertrieb übernimmt, für die Unkosten immer noch einen Preis nehmen können, den jeder Arbeiter und Angestellte bezahlen kann. Dabei soll der Verkaufspreis 50 Pfg. nicht überschreiten.

Wir liefern Ihnen die Bilder wie beiliegendes Muster

100 Stück zu 38.— Mk.

franko, zahlbar innerhalb 30 Tagen nach Eingang der Bilder an die Lieferfirma.

Da Aufträge in großer Zahl eingehen werden, bitten wir, die Bestellungen baldigst vorzunehmen. Die Aufträge werden der Reihe nach, wie sie eingehen, erledigt. Falls keine Bilder gewünscht werden, bitten wir um Rücksendung des Musters.

Für den Vertrieb bitten wir die Ortsausschüsse, sich mit den Unterausschüssen, Partei-Instanzen bzw. Buchhandlung im dortigen Bezirk in Verbindung zu setzen.

Alle Bestellungen, auch Nachbestellungen, sind nur an die Adresse

Deutscher Textilarbeiterverband,
Krefeld, Nordwall 125

zu richten.

Mit Kampfgruß „Freiheit"
August Thür
Walter Kamm

Die Hohenzollern haben noch nicht genug

Windhuk, 24. September.

CNB. Das Preußisch-Brandenburgische Haus-Fidei-Kommiß hat bei der Verwaltung des Mandatsgebiets Südwestafrika Forderungen in unbekannter Höhe angemeldet, die ihren Grund in der seinerzeit erfolgten Konfiskation der ehemals kaiserlichen Farmen Dickdorn und Kosis im Bezirk Gibeon haben. Verlangt wird die Rückgabe der Farmen sowie die Zahlung einer Entschädigung wegen Wertminderung während der Dauer der Beschlagnahme.

Hörsing „bleibt im Reichsbanner"

Wir berichteten kürzlich, daß der Bundesvorstand des Reichsbanners beschlossen habe, Mitglieder der von Hörsing gegründeten Sozialrepublikanischen Partei konnten nicht gleichzeitig Mitglieder des Reichsbanners sein. Gegen diesen Beschluß, durch den Hörsing und seine Freunde aus dem Reichsbanner ausgeschlossen werden, wendet sich Hörsing jetzt mit großer Entschiedenheit. Er bestreitet zunächst formal die Gültigkeit des Beschlusses, denn „alle seit dem 1. Juni 1932 gefaßten Bundesvorstandsbeschlüsse sind schon deshalb ungültig, weil die Bundesvorstandsmitglieder Janischewski (SPD), stellvertretender Bundesjugendführer, Papo (Sozialrepublikan. Partei), Bundesjugendführer, Schulz (Sozialrepublikanische Partei), Bundeskassierer, zu den Sitzungen nicht eingeladen wurden." Die Beschlüsse des „Rumpfbundesvorstandes", wie Hörsing sich ausdrückt, „binden niemanden". Hörsing und seine Freunde nehmen davon keine Notiz: „Wir bleiben im Reichsbanner!"

Weiter verteidigte sich Hörsing gegen den Vorwurf, seine Partei sei organisationsschädigend gegen das Reichsbanner aufgetreten. Das Gegenteil sei der Fall. Gerade seine Partei sei für ein starkes, also überparteiliches Reichsbanner eingetreten, während die Sozialdemokratie das Reichsbanner zu einer Privattruppe machen wolle. Der schwerste Vorwurf, den Hörsing von seinem Standpunkt aus findet, ist der, manche Sozialdemokraten, „die trotzdem im Reichsbanner bleiben dürfen", hätten versucht, „mit den ärgsten Gegnern der Republik — den Bolschewisten — eine Einheitsfront zu bilden". Man sieht daraus, daß Hörsing durch alle politischen Ereignisse der letzten Zeit nichts hinzugelernt hat. Man darf gespannt sein, wie der Bundesvorstand des Reichsbanners auf diese Attacke reagieren und ob er seinen Beschluß gegen die Hörsingpartei auch praktisch durchführbar wird.

Rundfunk unter Nazi-Leitung

Zum Programmleiter der Berliner Funkstunde ist ein Herr Richard Kolb, der Herausgeber der „Bayrischen Radiozeitung", ernannt worden. Kolb ist seit längerer Zeit Mitglied der NSDAP.

Die Programmleitung ist eine neugeschaffene Abteilung der Funkstunde, in der alle übrigen Abteilungen organisatorisch zusammengefaßt werden sollen. Der Leiter dieser Abteilung untersteht direkt dem Intendanten und ist in dessen Abwesenheit sein Vertreter. Mit dieser Ernennung ist also ein weiterer Schritt zur einseitig nationalsozialistischen Gestaltung des Rundfunks getan.

Nazi-Abgeordneter als Revolverschütze

WTB. Essen, 24. September.

Eine überraschende Wendung nahm heute eine Verhandlung vor dem hiesigen Sondergericht gegen vier Nationalsozialisten, die an einem Zusammenstoß mit Kommunisten am 18. Juni d. Js. in Bottrop teilgenommen haben sollen. Bei dieser Gelegenheit soll auch einer von den Angeklagten, der Bergmann Hermann Kondura, aus einem Revolver zwei Schüsse abgegeben haben, durch die zwei Personen verletzt wurden. Der Angeklagte Kondura bestritt entschieden, geschossen zu haben, obwohl eine ganze Reihe von Tatzeugen ihn mit Bestimmtheit als den Schützen wiedererkennen wollten. Die Verhandlung, die gestern bereits begonnen hatte, war auf Antrag des Verteidigers auf heute vertagt worden. Dieser überreichte heute früh einen Brief des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Paul Schmidt in dem dieser, der gestern als Zeuge im Gerichtsgebäude anwesend war, mitteilte, daß er die zwei Schüsse in Notwehr abgefeuert habe. Das Sondergericht hat die Verhandlung auf den 30. September vertagt. Schmidt ist angeblich bei Beginn des Verfahrens zu einer wichtigen Ausschußsitzung nach Berlin gereist.

NSDAP-Arbeitsdienstler als Raufbolde

CNB. Die Arbeitsdienstwilligen des Arbeitslagers Badingen drangen in der vergangenen Nacht unter Führung ihres Aufsehers Borchardt in die Kaserne des Gutes Osterne bei Zehdenick ein, wo sie die Schnitter in den Betten überfielen. Die Arbeitsdienstwilligen schlugen mit Kartoffelhacken und anderen Feldgeräten auf die Schnitter ein. Dabei wurden drei Personen schwer verletzt, einige andere leicht. Die Schnitter sind Angehörige der NSDAP und lagen seit langem mit den Arbeitsdienstwilligen in Streit, weil diese der Stennes-Richtung angehören.

Gegen die Maßregelung Gumbels

Wie uns die Deutsche Liga für Menschenrechte mitteilt, ist die von uns bereits veröffentlichte Erklärung einer Reihe bekannter Gelehrter, die sich gegen die Entfernung des Genossen Professor Gumbel von der Universität Heidelberg wenden, weiterhin von folgenden Universitätsprofessoren unterzeichnet worden: Professor Althaner-Breslau, Professor Albert Einstein-Berlin, Professor Kronstadt-Berlin, Professor Siegfried Marck-Breslau, Professor Noether-Göttingen, Professor Pieper-Münster, Privatdozent Dr. Stillich-Berlin, Professor Weigert-Leipzig, Professor von Tysza-Hamburg, Professor Boehm-Karlsruhe.

Seltene Blüten von Rassewahn

In den „Oldenburger Nachrichten" entblößen sich die Gauleitung der NSDAP und das Pfarramt der Lambertikirche ihrer christlichen Gefühle. Der Grund ist folgender: Als besonderes Ereignis wurde das Auftreten des Negerpastors Kwami in der Lambertikirche vorausgesagt. Der Rassenstolz ließ die Nazis nicht schlafen und so ersuchten sie ihre Pg. im Ministerium, diese Kulturschande und die Herausforderung des nationalsozialistischen Oldenburg zu unterbinden. Das Ministerium lehnte aber eine Einmischung in die Angelegenheiten der Kirche ab. Das Pfarramt wiederum versucht seine Doppelzüngigkeit zu verteidigen, indem es dem Empfinden der Nazis das gute Recht zubilligt, dann aber die Pflicht der Kirche gegenüber dem Evangelium betont.

Die Volksbildungsabteilung der Nazi versteigt sich zu der zynischen Bemerkung, daß man Kindern Neger wohl im Zirkus zeigen dürfe. — Dieser Streit ist ein Ausdruck der verkommenen bürgerlich-christlichen Moral, wie des erwachenden imperialistischen Dranges gewisser nationalistischer Kreise, indem man die farbigen Rassen wegen ihrer angedichteten Minderwertigkeit als beste Ausbeutungsobjekte gelten lassen will.

Der Streit ist in den letzten Tagen verschärft zwischen dem Naziministerium und dem Oberkirchenrat weitergeführt worden, was sicher der Grund für den ungewöhnlich starken Besuch der Veranstaltung war. Ministerpräsident Röver soll sich sogar in der letzten Versammlung der Nazis geäußert haben, daß ihm das Leben derjenigen, die dem „Deutschen Volke" diese Schande angetan hätten, auch nicht mehr heilig sei. Er meint, daß man von dem Tage ab, wo der Negerpastor Kwami in Deutschland gesprochen habe, von der „schwarzen Schmach" sprechen werde. Die einem barbarischen kranken Hirn entsprungenen Gedanken zeigen aufs neue, zu welchen Taten die Leute vom Hakenkreuz fähig sind: Mensch ist bei ihnen nur der dreimal gekreuzte Hitlermann.

Nazi-Willkür in Mecklenburg

Die nationalsozialistische Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat in einem beispiellosen Willkürakt die Polizei der Hauptstadt Schwerin unternationalsozialistische Führung gestellt. Der Polizeidezernent von Schwerin, ein politisch rechtsstehender Mann, ist von der Naziregierung seiner Funktion als Leiter der städtischen Polizei enthoben worden. Gesetzwidrigerweise hat die Regierung mit sofortiger Wirkung die Schweriner städtische Polizei dem nationalsozialistischen Leiter der Mecklenburgischen Ordnungspolizei unterstellt. Im „Völkischen Beobachter" kann man Bilder sehen, auf denen die Polizei unter der Führung ihres nationalsozialistischen Kommandeurs zu Manövern und richtigen militärischen Uebungen ausrückt, wozu der „Völkische Beobachter" bemerkt:

„Der Polizei voran marschierte eine Abordnung der SS und SA".

Der Rat der Stadt Schwerin hat sich mit einer Protesterklärung an die Oeffentlichkeit gewandt. Die Verfügung sei dem Rat zugestellt worden, ohne daß er zuvor gehört worden sei. Der Rat sei der Auffassung, daß die Anordnung der Regierung mit den gesetzlichen Bestimmungen unvereinbar sei. Er lege Verwahrung ein und erwarte, daß diese Anordnung zurückgenommen werde.

Da wird er lange warten können.

Wie kam das nur?

Ulm. Diese bange Frage beschäftigt nun schon einige Tage die SPD-Arbeiter. Wir wissen es und haben daher auch schon die Konsequenz gezogen. Woran liegt es, wenn ein SPD-Parteikassierer im Laufe von 2 Jahren 3000 Mk. unterschlägt? Es liegt ganz in der Natur eines ganz von Grund auf korrumpierten und verknöcherten Parteiapparats — anders wäre es doch nicht möglich! Auch ist es ein untragbarer Zustand, daß in einer Person die Verwaltung zweier Kassen liegt: Arno Weiß, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes, hat bei Revisionen jeweils immer mit dem Geld der anderen Kasse gedeckt. Diesen Zustand haben wir schon immer bekämpft.

Es wirft sich nur die Frage auf, warum die Mitglieder, denen man es zufälligerweise diesmal sagte, diese Angelegenheit verschweigen sollen? Hat man Angst vor den Wahlen? Gerade weil man Angst vor den Wahlen hat, macht man Manöver und übergibt diese Angelegenheit dem Staatsanwalt. Wir übergeben diesen Fall der Arbeiteröffentlichkeit, die in ihrem eigenen Klasseninteresse das Urteil fällen wird.

Die Art, wie man es den Mitgliedern sagte, ist demagogisch: Erster Punkt der Mitgliederversammlung: diese Angelegenheit und die Mitteilung, daß Weiß durch Austritt seinem Ausschluß zuvorgekommen ist; dann als zweiter Punkt das Referat von Kurtchen Schumacher, der die Arbeiter wieder tüchtig einseifte. Riecht alles sehr nach Angst!

Kleine Nachrichten

Berlin. Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" wurde Dr. Erich Welter, der bisher an der „Frankfurter Zeitung" tätig war.

Berlin. Zum Leiter der Nachrichtenabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft ist Herr Hans Fritzsche berufen worden, der bisher Redakteur bei Hugenbergs „Telegrafen-Union" war.

Gefängnis für Arbeiter-Funktionäre

(Eigener Bericht der SAZ)

Greifswald, 23. September.

Eine politische Schlägerei in Franzburg — hervorgerufen durch provozierende Nazis — stellte sieben antifaschistische Arbeiter unter Anklage des Landfriedensbruches. Der Prozeß, der vor der großen Strafkammer in Greifswald stattfand und bei dem ein Apparat von 50 Zeugen aufgeboten war, ergab folgenden Tatbestand: Die KPD-Ortsgruppe in Franzburg hatte am 25. Juni d. J. zu einer öffentlichen Versammlung unter dem Thema: „Wie schließen wir die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern" aufgerufen, in welcher die Parteifunktionäre Klähn-Berlin und Wiesner-Stettin sprechen sollten, und von der SPD der Landarbeitersekretär Oldörp-Stralsund erschienen war. Da die Versammlung um 8 Uhr abends noch schwach besucht war, wurde sie vom Versammlungsleiter um 20 Minuten verschoben. Während dieser Zeit traf ein mit 12 SA-Leuten besetztes Auto der nationalsozialistischen „Pomm. Zeitung" ein und hielt dem Versammlungslokal gegenüber, vor dem Hause des Nazi-Ortsgruppenführers, um die Zeitungen abzuladen. Hier hatte sich eine Menge Neugieriger versammelt (darunter auch Versammlungsteilnehmer und solche, die zur Versammlung auf dem Wege waren), um sich die neuen Uniformen der Nazis anzusehen.

Hierbei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, wobei der Kraftwagenführer und der Führer der Eisernen Front, Töpper, nicht unerheblich verletzt wurden. Die Ursache zu den Tätlichkeiten sollen nach der Anklage aufhetzende und provozierende Reden der kommunistischen Funktionäre Klähn und Wiesner gegeben haben, — der Rädelsführer soll jedoch der von den Nazis schwer verletzte Töpper gewesen sein, der den Nazi-Ortsgruppenleiter mit: „Du Hund" bedroht haben soll. Jedenfalls ergaben die Zeugenaussagen, daß die Nazis mit: „SA greift an" und „Latten heraus" auf die Menge mit mit Nägeln versehenen Latten eingeschlagen haben und ein SA-Mann aus einem Nachbarhause Waffen in Form von Hacken und Harken herbeigeschleppt hat.

Obgleich also die Nazis die Angreifer waren, befanden diese sich jedoch „in der Notwehr" und angeklagt waren nur die Arbeiter, von denen Töpper wegen Landfriedensbruch und Beleidigung zu zehn Monaten und einer Woche, Klähn und Wiesner zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Oldörp, der auch angeklagt war, aber erst durch den Lärm das Lokal verlassen und von der Schlägerei überhaupt nichts gesehen hatte, da diese nur einige Minuten dauerte, wurde mit den drei übrigen Angeklagten freigesprochen.

Gera unter Nazi-Herrschaft

(Eigener Bericht der SAZ)

Gera, 23. September.

Die heutige Bürgerversammlung wurde auf Verlangen der anwesenden Nazi prompt durch die Polizei aufgelöst.

Der Stadtratsvorsitzende Giebler sah sich gezwungen, da der Staatskommissar verbietet, den Stadtrat im Rathaus tagen zu lassen, diese Bürgerversammlung einzuberufen.

Obgleich der Stadtratsvorsitzende Giebler, als er diese Versammlung eröffnete, ausdrücklich betonte, daß sie einen parteipolitischen Charakter nicht trage, waren es doch die Nazi, welche gleich vom Anfang an ihre politische Frechheit an den Tag legten.

Referenten des Abends waren Giebler und Spörl, beide SPD. Giebler befaßte sich mit kommunalen Dingen und mißbilligte die Maßnahmen des Staatskommissars, Spörl kam auf die Notgemeinschaft zu sprechen, welche ebenfalls eine Tat des Staatsbeauftragten war.

Als nächster Redner meldete sich Dr. Engelstädter (Nazi). Er sprach von Unterschlagung und Verfehlung, konnte aber dabei niemals einen Satz vollständig aussprechen. Engelstädters ganzes Auftreten war eine Komödie. Unter Heil Hitler endete er seine jämmerlichen Ausführungen.

Weiter sprach noch Stadtratsmitglied Gießner (KPDO), von welchem wohl behauptet werden darf, daß er die größte Sachlichkeit an den Tag legte. Am Schlusse betonte er: Arbeiter der SPD und KPD, schließt euch zusammen, bildet die rote Einheitsfront. Sind wir alle einig, dann kann auch ein Staatskommissar keine Maßnahmen gegen uns erlassen, und wir brauchen künftig nicht so einen Hanswurst wie Dr. Engelstädter anzuhören.

Als dann noch das Stadtratsmitglied Hermann Schulze (parteilos, früher KPDO) gegen die Ausführung Engelstädters sprach und dabei auch den Herrn Dr. Zin angriff, sprang der Polizeihauptmann Zenker auf und löste die Versammlung auf. Die Nazi waren dabei auf ihre Rechnung gekommen.

4 Monate Gefängnis

Heute vormittag wurde vor dem hiesigen Schnellrichter Kurt Renk (SPD) zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Gummiknüppel bei sich getragen habe, welchen er deshalb hatte, da er schon mehrmals von Nazis bedroht war.

Ein Nazi (früher Kommunist), der von einem Reichsbannermann gestellt wurde, wobei ihm eine Scheintodpistole und ein zum Schlagen bereit gehaltener Schulterriemen abgenommen wurde, ist bis zur Stunde noch nicht dem Schnellrichter vorgeführt.

Politischer Querschnitt aus Vorpommern

Stralsund, 23. September.

(Eigener Bericht der SAZ)

Das politische Leben fängt an, lebendig zu werden. Alle politischen Parteien fangen mit dem Wahlgeplänkel an. Der kommende Reichstagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Die SPD-Gruppe arbeitet mit radikalen Phrasen in ihren Mitgliederversammlungen, um den verdatterten Parteianhängern wieder einmal blauen Dunst vorzumachen. Der „linke" MdL-Kirchmann erklärt, „wir sind nun endlich von der Tolerierungspolitik befreit und können endlich wieder sozialistische Politik treiben". Um nun diesen Kurswechsel öffentlich demonstrieren zu können, will man sich den „Rechten Flügelmann" Grimme-Berlin als „Rednerkanone" zu einer Kundgebung verschreiben lassen. Ausgerechnet den „besten" (?) Kultusminister der preußischen Republik, wie die Lehrer sagen, will man hier die „sozialistische" (?) Politik der SPD demonstrieren lassen. Es ist direkt paradox, wenn man von sozialistischer Politik und dem Minister Grimme in einem Atemzuge spricht. Es ist aber auch ein Beweis dafür, daß man derartige Methoden noch heute anwenden kann. Aber weil in der SPD keine grundsätzlich marxistische Einstellung mehr vorhanden ist, kann man der Mitgliedschaft derartiges bieten.

Der Kandidat des Landtages, Lehrer Peters, der bisher die Ludendorff-Berichte über die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Vorpommerns" verfaßte und der „Chef" der SPD-Personalpolitik ist, organisiert jetzt den Freiwilligen Arbeitsdienst in Vorpommern. Es ist ja angeblich ein „Sozialer Dienst", der hier betrieben wird. Sie wollen eben dem „Stahlhelm" und den Nazis in keiner Weise nachstehen und müssen sich eben auch vaterländisch beteiligen. Die Arbeitsgemeinschaft der Lehrer ist im Zerfallen. Ueberall treten die ämtshungrigen „Genossen" aus, um nicht den Anschluß zu verpassen. Diese „Sozialisten" (?) sind natürlich für eine revolutionäre sozialistische Partei vollkommen unmöglich, denn ihre innere Ueberzeugung war immer bei den Rechten. Diese werden alle dem Landrat Broese folgen.

Das vorpommersche Reichsbanner kuscht vor dem Staatskommissar in Preußen. Dieser unumschränkte Herrscher in Preußen hat die Richtenberger Ortsgruppe mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil sie angeblich staatsfeindliche Handlungen begangen hat. Die polizeiliche Verfügung stützt sich auf den § 2 des Reichsvereinsgesetzes und auf den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918. Als Grund wird angegeben, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft". Der Ortsgruppe wird vom Staatsministerium vorgeworfen, daß sie den Ueberfall auf die Nazis im Februar „planmäßig in der Versammlung beschlossen" habe. Weil sie nun die verurteilten Mitglieder, darunter der technische Leiter Lembke, nicht ausgeschlossen habe, billigt sie solche den Gesetzen zuwiderlaufenden Zwecke und verfolgt damit die Absicht zu Gewalttätigkeiten. Aber was tut das Reichsbanner, die SPD und der ADGB? Diese Instanzen tun nichts, sie halten es nicht einmal für nötig, eine Aktion aller Arbeiterorganisationen vorzubereiten, damit den Behörden gezeigt wird, daß die Arbeiterschaft ihre Organisationen nicht auflösen läßt und diesen Absichten schon in ihren Anfängen mit aller Energie entgegentritt. Es rührt sich nichts, und damit ist der behördlichen Willkür Tor und Tür geöffnet. Das ist der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, wie ihn sich die SPD denkt! So beginnt die sogenannte „Sozialistische Aktion" und die kommende „Sozialistische Politik". Die Arbeiterschaft in Vorpommern sollte endlich erkennen, daß ein wirklicher Frontwechsel erfolgen muß, wenn die Arbeiterschaft nicht in eine Barbarei versinken will. Fort mit dem Geschwätz der SPD von der „Sozialistischen Politik" und der „Sozialistischen Aktion", der mit der revolutionären Aktion der ganzen Klasse, die nur das Unheil noch verhüten kann. Der Kampfblock der Arbeiterorganisationen muß geschaffen werden, damit eine elementare Massenbewegung ausgelöst wird. Diese Massenbewegung der Arbeiterklasse muß den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herbeiführen. Daher alle Kraft einsetzen für die soziale Revolution!

Pgn.

SAP Plauen stößt vor

(Eigner Bericht der SAZ)

Im starken Gegensatz zu dem flachen Niveau der SPD-Versammlung stand die große Versammlung der SAP, in der Genosse Paul Frölich sprach. Trotz ungünstiger Witterung ein vollbesetzter Saal — obwohl die Kommunisten, die die Versammlung der SPD füllten, in weit schwächerer Zahl erschienen waren. In zweistündigen übersichtlichen Ausführungen zeichnete Genosse Frölich die politische Lage, dem sachlichen Zuhörer unwiderlegbar die Erkenntnis aufzwingend: weder eine neue Reichstagskomödie, noch ein fades Täuschungsmanöver durch ein Volksbegehren, das ein halbes Jahr zur Durchführung braucht und dann jederzeit mit einem Federstrich ungültig erklärt werden kann — sondern nur ein geschlossener außerparlamentarischer Kampf der großen Arbeiter-Organisationen kann heute die Rechte des Volkes wahren. Diesen Kampf, heute noch sabotiert von unfähigen Führern in SPD, KPD und Gewerkschaften, gilt es vorzubereiten und zu führen.

Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat folgte keine Diskussion. Janka, der neue Mann der KPD, der durch Einschreibebrief eingeladen war, zog es vor, in einem kleinen Dorfe des Vogtlandes zu sprechen — in Schreiersgrün. Von den anderen Linientreuen hatte offenbar niemand Parteibefehl, sich vorzuwagen, und so konnte Genosse Ziehr die Versammlung nach einem kurzen Appell mit einem dreifachen „Kampfbereit!" beenden. — Der durchaus sachliche Verlauf der Versammlung hat einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Die SAP wird jeden Fußbreit gewonnenen Bodens fester und unangreifbarer ausbauen.

Warum Arbeiter-Esperantist?

Als die Esperanto-Bewegung noch im Anfangsstadium war, schien es, daß die Propagierung des Weltsprachengedankens mit der Politik nichts zu tun habe, daß Esperanto als eine „neutrale" Angelegenheit gegenüber den politischen Parteien zu betrachten sei. Man hielt es für möglich, im Zeichen des grünen Sterns Verwaltungsräte und Grubenarbeiter, Direktorsgattinnen und Arbeiterfrauen vereinigen zu können. Man glaubte eine Zeitlang wirklich, daß Esperanto die Klassengegensätze vergessen zu machen imstande sei, daß die Begeisterung für das gemeinsame Ideal der Weltsprache, der alle Menschen gleich gegenüberstehen, die sozialen Unterschiede zurücktreten lassen könnte.

Die Praxis lehrte es anders. Die bürgerlichen Esperantisten, so „neutral" sie auch sein mögen, haben Esperanto immer — bewußt oder unbewußt — vorwiegend für die Interessen der bürgerlichen Klasse verwendet, ja sie konnten im Grunde genommen gar nicht anders handeln. Wir wollen nicht leugnen, daß sich viele bürgerliche Esperantisten um die Sache sehr verdient gemacht haben, denn ursprünglich ruhte die Esperantobewegung hauptsächlich in bürgerlichen Händen. Daß Esperanto in der Polizei schon stark verbreitet ist, daß sich der internationale Fremdenverkehr seiner bedient und daß auch im Handel Anzeichen einer beginnenden Verwendung des Esperanto vorhanden sind, ist ohne Zweifel in erster Linie auf die Werbetätigkeit der bürgerlichen Esperantisten zurückzuführen. Aber wir müssen feststellen, daß es notwendig ist, Esperanto auch in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen und dabei müssen wir wohl unseren eigenen Weg gehen. Der Arbeiter-Esperantist ist nicht so sehr daran interessiert, ob ein Kaufmann seine Auslandskorrespondenz in Esperanto erledigt oder ob irgendwo ein Kostümball von Esperantisten stattfindet. Schließlich wurde Esperanto auch wiederholt für nationale Zwecke mißbraucht (erst jetzt bringen die japanischen und chinesischen Esperantozeitungen Berichte über den Konflikt in der Mandschurei): mit solchen Dingen will und kann der Arbeiter-Esperantist nichts zu tun haben.

Wie notwendig Esperanto für die Arbeiterschaft schon heute ist, haben die internationalen Veranstaltungen der letzten Jahre gezeigt. Ueberall haben sich die Sprachschwierigkeiten hemmend bemerkbar gemacht. Welch ein Gegensatz zu den Kongressen der Esperantisten, wo eine direkte Verständigung von Genosse zu Genosse möglich ist!

Die Welt wird derzeit von einer beispiellosen Krise des Kapitalismus erschüttert. Selbst bürgerliche Kreise zweifeln daran, ob die gegenwärtige unsinnige Wirtschafts-„Ordnung" bestehen bleiben kann. Das internationale Proletariat, das sich eine mächtige Gewerkschaftsbewegung geschaffen hat und auf vielen anderen Gebieten bahnbrechend voran geht, muß noch eine bedeutende kulturelle Position erobern: Das Esperanto. Unser Leitspruch ist: Mit Esperanto für den Sozialismus!

Der Sozialistische Esperanto-Bund (Frankfurt a. M. 21, Heerstraße 85) ist gern bereit, nähere Auskünfte über Esperanto, Kurse für Anfänger usw. zu geben.

Eine ganz „legale" Aktion

Nationalsozialistischer Überfall auf eine Betriebsversammlung des Bezirksamts Mitte

Berlin, 24. September.

Eine vom Betriebsrat einberufene Betriebsvollversammlung für alle Arbeiter und Angestellten des Bezirksamtes Mitte, die im „Rosenthaler Hof" stattfand, wurde durch einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall der Nationalsozialisten gestört.

Die Nazis drangen in einer Stärke von 25 bis 30 Mann über den Vorderaufgang in die Versammlung ein.

Der Versammlungsleiter forderte die Horde auf, sofort den Saal zu verlassen, da es sich um eine geschlossene Betriebsversammlung handle. Die Nationalsozialisten rückten jedoch nur bis zur Tür ab und schlugen dann

mit Stühlen und Fahrrädern auf die Versammlungsbesucher

ein. Sie waren jedoch an die unrechte Adresse gekommen und wurden durch die geschlossene Abwehrfront zur Tür hinausgedrängt. Gleich danach erschien das Ueberfallkommando und stellte den Tatbestand fest.

Als das Ueberfallkommando sich entfernt hatte, wurde die Versammlung erneut von dem Versammlungsleiter eröffnet. Es dauerte jedoch nur 2 bis 3 Minuten, da

erschienen die braunen Raufbolde wieder,

und zwar sowohl über den vorderen, wie auch über den hinteren Aufgang, der inzwischen erbrochen war. Es gelang ihnen jedoch nicht, in den Saal hineinzukommen. Die Angreifer mußten zum zweiten Mal abziehen. Es erschien wiederum das Ueberfallkommando, in der Linken den Gummiknüppel, in der Rechten die gezogene Pistole, und forderte, daß der Versammlungsleiter zur Tür kommen solle. Das wurde abgelehnt, und es mußten sich die Polizisten gefälligst zum Vorstandstisch begeben. Als der Tatbestand festgestellt war, rückte auch diesmal das Ueberfallkommando wieder ab, jedoch war es, da die Gemüter zu erregt waren, nicht mehr möglich, die Versammlung bis zum Schluß ordnungsmäßig durchzuführen.

Anstifter dieser feigen Ueberfälle ist der Nazi-Zellenführer Schulze,

welcher, wie durch Augenzeugen festgestellt wurde, bereits eine Viertelstunde vorher mit seinen Leuten im Flur verhandelt hatte. Es wurde von oben durch das Fenster das Zeichen zum Eindringen gegeben.

Die Arbeiter und Angestellten des Bezirksamts Mitte erwarten von dem Polizeipräsidenten Dr. Melcher, daß er gegen diese Nazipest einschreitet. Sie sind nicht gewillt, ihre sachlichen Betriebsversammlungen durch diese Leute stören zu lassen.

*

Ein Naziüberfall, an dem eine 10 bis 15 Mann starke Horde beteiligt war, ist schon vor einigen Tagen im Bezirksamt Mitte erfolgt. Der SPD-Genosse Ziegler ist von diesen Banditen niedergeschlagen worden. **Es wurden ihm zwei Zähne ausgeschlagen, weiter trug er eine klaffende Mundwunde davon** und hat eine **Gehirnerschütterung erlitten.**

*

Sollte die Polizei nicht in der Lage sein, sie vor den Angriffen der Nazis zu schützen, so ist die Belegschaft des Bezirksamts Mitte entschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen.

Et solln jetzt in Deutschland Kinda jeboren worda sin, die unta dem Eindruck unsa politischen Zustände statt mit Arme mit Stimmscheine un mit n Kopp wie ne Wahlurne uff de Welt jekommen sin . . .

Zu eens der vornehmsten Kampfmittel der italienischen Faschisten jehörte det Rizinusöl. Heute is die Rejierungstechnik ville weita. Bei uns kricht der Parlamentarismus een paar Papenspritzen — un schon hat er den Wahldinnschiß un looft un looft, bis er außenanda looft. Kaknu soll ja stoppen; aber da hamse ihn ooch schon ofte durchjezogen, et hat ihm nischt jeholfen, bloß brauner is er dafon jeworden.

Et sieht nich so aus, als ob er noch mal uff de Beene kommt. Er röchelt so laut un hofft uff bessere Zeiten. Manche Hellseher ham die schon entdeckt un kinden den Silberstreifen am Krisenhorizont. Ick muß saren: so wat ähnliches könnse wirklich schon jesehn ham; bloß warn det Jeneralsstreifen, die da in da Junkersonne blinkt'n. Un wo die sin, da muß et ooch bald besser werdn. Det wisan de Proletn aus Afahrung.

Ick ärjer mir ooch, det ick nich Jeneral jelernt habe. Erstens: braucht ick nie stempeln jehn, zweetens: jemehr Krieje ick vamaure, desto mehr wer ick Retter, drittens: die Uniform, da kneif'n die Ullsteiner die Backen zusammn, det die Zeitungsspalte knirscht. Na, un wenn mir een dreckiger Zivilist widerspricht, laß ick schieß'n. Un wenn's wirklich mal denn brenzlich wird — blaue Brillen un Pengsion kriej ick immer!

Jrüßl Orje.

Verkannte Verfassungsfreunde

Berlin, 24. September.

In einem Ausspracheabend unserer Pankower Parteiortsgruppe meldete sich nach einem Referat des Parteivorsitzenden Max Seydewitz über die Situation nach der Reichstagsauflösung ein Mitglied der NSDAP zum Wort — eine Seltenheit, denn im allgemeinen meiden die Hitleranhänger die Diskussion mit marxistischen Arbeitern. Es zeigte sich bald, daß der junge Mann von ganz besonderer Qualität war. Er wehrte sich heftig gegen die Feststellung, daß die NSDAP eine Gegnerin der Weimarer Verfassung sei.

Die Nationalsozialisten — so argumentierte er — hätten nie die Verfassung selbst bekämpft, sondern stets nur die Parteien, welche die Verfassung zwar geschaffen, aber nichts getan haben, um die Volksrechte wahrzunehmen, die in ihr verankert seien.

Das Ei des Kolumbus ist also gefunden worden. Die Verfassungstreue der Nazis ist nach dieser verblüffenden Erklärung nicht mehr anzuzweifeln.

Auskunft in Rechtssachen, Mietsstreitigkeiten, Arbeitsrechtsfragen Donnerstag, 17 bis 19 Uhr, im Parteisekretariat, Magazinstraße 12a.

Zeugen gesucht!

In der öffentlichen Versammlung am 6. September d. J. wurde dem Genossen Schenk, Neukölln, kurz vor Versammlungsschluß ein Fahrrad gestohlen, das er auf dem Hof angeschlossen hatte. Genossen, die in der Lage sind, irgendwelche Angaben zu machen, werden gebeten, sich im Sekretariat, Magazinstraße 12a, pfr., zu melden.

Diskussion abgewürgt

Brandenburg a. H. In der Generalversammlung des DMV vom 15. September ist der örtlichen Gewerkschaftsbürokratie wohl doch klar geworden, daß nicht nur die paar bekannten „Spalter" der SPD sondern eine ganze Reihe von Kollegen des Verbandes die revolutionären Gedanken der SAP zu vertreten gedenken. Nach einem Bericht des zweiten Bevollmächtigten der Ortsverwaltung über den Verbandstag, der alle brennenden politischen Fragen nur flüchtig streifte und in der Hauptsache Organisationsfragen behandelte, konnten in der Diskussion zwei SAP-Genossen — von der Versammlung aufmerksam angehört — unsere Ansichten über Arbeitsdienst, Notverordnungen, Erwerbslosenausschüsse usw. zum Ausdruck bringen. Sie, wie auch die Kollegen der KPD bekamen allerdings nur kurze Redezeit. Als es dem Vorstand zu viel der Opposition wurde, versuchte er die Diskussion abzuwürgen. Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit nur 51 gegen 45 (!) Stimmen angenommen. Ob dem Vorstand mit seinen Regiekünsten angesichts eines solchen Abstimmungsergebnisses seiner Funktionäre wohler geworden ist?

Wie wir aus einer Betriebsversammlung erfahren, ist die Firma Brennabor A.G. gewillt, die Bestimmungen der letzten Notverordnung für sich in Anspruch zu nehmen, was für die dort noch beschäftigten Arbeiter einen Lohnabbau von der 31.—40. Stunde von ca. 50% bedeuten würde. Die Kollegen des Betriebes brachten ihre Abwehrbereitschaft zum Ausdruck. Unsere Genossen werden im Betrieb wie in der Gewerkschaft nicht aufhören, schärfsten Kampf gegen solchen Lohnraub zu fordern.

Schluß mit Salbaderei — Kampf die Losung!

Am 19. September referierte Kollege Spliedt vom ADGB-Vorstand in einer Versammlung der Buchdrucker-Betriebsräte in Berlin über das Thema: Notverordnung von Papen. Am Anfang des Referates zeigte Spliedt die Schäden der Verordnung für die Arbeiterschaft auf und machte zum Schluß einen schwächlichen Versuch, Kampfmaßnahmen zu empfehlen. Der hauptsächlichste Vorschlag war: die Betriebsfunktionäre sollten mit dem „Rechenstift" wegen der Prozentrechnung Papens die Unternehmer „bekämpfen". In der erzwungenen Diskussion — die Versammlungsleitung wollte nur kurze Anfragen an den Arbeiterführer Spliedt zulassen — wurde von den Diskussionsrednern eine klare Kampfstellung des ADGB gefordert. So kam es denn, daß der Referent seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß so stürmisch Abwehrkampf und Streik gefordert werden. Schon in Süddeutschland hätte man ihm, dem Referenten, zugerufen, namentlich von Seiten der SAP-Funktionäre: „Macht endlich Schluß mit der theoretischen reformistischen Salbaderei und Plunderei, organisiert den Abwehrkampf". Wir sind Herrn Spliedt für diese öffentliche Feststellung unserer oppositionellen Gewerkschaftsarbeit äußerst dankbar.

Achtung! Chef-Bleistifte sind geladen

Im Büro eines Installationsgeschäftes in Berlin hatte sich ein immerhin außergewöhnlicher Unfall ereignet. Eine Kontoristin sollte vor einiger Zeit ein Diktat ihres Chefs aufnehmen. Sie ergriff einen der vielen auf dem Schreibtisch des Geschäftsinhabers liegenden Bleistifte, aber bevor sie auch nur ein Wort geschrieben hatte, setzte sich der konservative Bleistift dagegen zur Wehr, von einer gewöhnlichen Kontoristin benützt zu werden. Ein Schuß krachte aus dem Stift und eine Ladung Tränengas ging der Kontoristin ins Gesicht, die Verletzungen davontrug und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Da es für gewöhnlich nicht zum Arbeitsrisiko einer Kontoristin gehört, schießlustigen Bleistiften und heimlich bewaffneten Chefs ausgesetzt zu sein, erhob die Angestellte Schadenersatzklage und verlangte außerdem 4000 Mark Schmerzensgeld. Natürlich war der Chef der Meinung, daß nicht seine Fahrlässigkeit, sondern die spielerischen Finger seiner Angestellten die Patrone des geladenen Bleistiftes zur Entzündung gebracht hätten. Ein Urteil wurde in der bisherigen Verhandlung nicht gefällt. Die Entscheidung darüber, ob Besitzer schießender Bleistifte, auch als Geschäftsinhaber, schadenersatzpflichtig sind, wurde vertagt.

Was will die SAP?

Prinzipienerklärung und Aktionsprogramm (mit einem Vorwort von Paul Frölich) erscheinen bestimmt Mitte nächster Woche zum Preise von 10 Pfg. im Umfang von 32 Seiten. Die Ortsgruppen erhalten die Broschüren bei Abnahme von

unter	100	Stück zu . .	7	Pfg. pro Stück
ab	100	„ „ . .	6½	„ „ „
ab	250	„ „ . .	6	„ „ „
ab	500	„ „ . .	5½	„ „ „

Die Auslieferung erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme.

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.
Postscheckkonto: Georg Pandura, Berlin N. 65, Nr. 394 28.

Bühne von links gesehen

„Der Revisor", Lustspiel von Gogol

Er ist ein geistiger Verwandter Harry Domelas, dieser junge Mann aus Petersburg, der da in ein russisches Provinznest gerät, dessen Honoratioren den Revisor der Regierung fürchten wie der Teufel das Weihwasser — denn es wäre nicht gut, kämen ihre „kleinen Sünden" zur Kenntnis der hohen Obrigkeit — und die ihm, dem die Taschen gerade leer sind, die einträgliche Rolle des Revisors so aufdrängen, daß ihm schließlich nichts weiter übrig bleibt, als sie mit Bravour zu spielen. Ein Stoff, der immer aktuell sein wird. Denn es wird immer Leute geben, die für die Triumphzüge der falschen Revisoren und Harry Domelas die Wege bereiten.

Man sieht sich das lustige Spielchen, mit dem die Berliner Volksbühne die neue Saison eröffnet hat, mit schmunzelndem Vergnügen an. Und das Vergnügen ist doppelt, wenn man feststellt, daß in der Volksbühne noch immer ein gepflegtes Ensemblespiel hochgeschätzt ist, mag auch diesmal im Mittelpunkt ein Star stehen: Curt Bois, der mit allen Mitteln seiner beweglichen Kunst den falschen Revisor jeden Abend von neuem lebt. Ernst Karchow, Josef Almas, Trenk-Trebitsch und Käthe Haack sind neben ihm besonders belustigende Typen. Bewegt und geleitet wird das Ganze von Heinz Hilpert, dem neuen künstlerischen Leiter der Volksbühne, der leider schon nach dem ersten Akt der Intention Gogols den „Revisor" mit größter Natürlichkeit spielen zu lassen, nicht mehr folgt, sondern in schwankhafte Übertreibungen verfällt.

Die fröhliche Wiedereröffnung der Volksbühne sei notiert. Warten wir nun auf die größeren Taten, die anknüpfen an die ruhmvolle Tradition des Theaters, das sich die Berliner Arbeiterschaft geschaffen hat,

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Montag, den 26. September:

Referentenzusammenkunft, 20 Uhr im Sekretariat (BL fällt aus).

Tiergarten, 18.30 Uhr, Distriktsführersitzung, 20 Uhr Distriktsführerkursus. Ort wird noch bekanntgegeben.

Dienstag, den 27. September:

Oeffentliche Versammlung, 20 Uhr, Kliems-Festsäle, Hasenheide. Tagesordnung: Papen-Diktatur, Wirtschaftskrise — wo bleibt die Aktion der Arbeiterklasse? Referent: Jakob Walcher.

Mittwoch, den 28. September:

Brandenburg (Havel), Klaus Zwelling.

Prenzlauer Berg, Bildungskursus mit Paul Fröhlich bei Reche, Metzer Straße 26.

Tempelhof, Oeffentlicher Ausspracheabend, 20 Uhr, bei Renner, Mariendorf, Dorf-, Ecke Marienfelder Straße.

Donnerstag, den 29. September:

B.-L., 19 Uhr im Sekretariat.

Freitag, den 30. September:

Funktionärschulungskursus, 19.30 Uhr im Sekretariat. Pflichtveranstaltung für die von jeder Ortsgruppe bestimmten Teilnehmer.

Freitag, den 30. September:

Oeffentliche Versammlung, 20 Uhr, Schwedter Festsäle, Schwedter Straße 23. Tagesordnung: Papen-Diktatur, Wirtschaftskrise — wo bleibt die Aktion der Arbeiterklasse? Referent: Max Seydewitz.

Prenzlauer Berg, SSB, Referent Gen. E. Butte.

Sonnabend, den 1. Oktober:

SAP- und SJV-Metallarbeiter, 19 Uhr im Sekretariat.

Sonntag, den 2. Oktober:

Bezirksparteitag, 9 bis 19 Uhr, Vogels Festsäle, Brückenstr. 2.

Montag, den 3. Oktober:

Sportler 19.30 Uhr Magazinstr. Referent: E. Butte.

Dienstag, den 4. Oktober:

Kundgebung in Kliems Festsälen, Hasenheide, 20 Uhr. Gen. Max Seydewitz: Ein Jahr SAP und SJV.

Mitgliedsbuchsperre! Das Mitgliedsbuch für Hugo Groth, geb. 25. 10. 1911, Beruf: Buchbinder, Wohnung: Berlin NW, 40, Heidestr. 33 (bis Juli bezahlt), ist verloren gegangen und deshalb gesperrt.

Brandenburg: Mi, 28., Mitgliedervers. m. Gästen bei Budig, Neust. Heiderstr. R. Zwelling.
Kindernachmittag Mi. 28., 17—19 Uhr, bei Müller, Maerkerstr. 3.
Frauen- u. Jugendarbeitskreis, Mo. 26., 20 Uhr, Buchverleih, Di. u. Fr., 19—20 Uhr, bei Ephrain, Magdeburger Str. 13.

SJV

Mittwoch, den 28. September:

Erwerbslosenstaffel, 11 Uhr, „Heiterer Vormittag", (Schallplatten), Heim, Magazinstr. 12a.

Der Appell des Berliner SJV
„Roter Oktober-Appell"

1.—16. Oktober:

Groß Berliner Mitglieder-Versammlung am 1. Oktober, 19.30 Uhr, Kochstraße (Schule): „Was war, was ist, was soll werden?" Redner: Willy Kreßmann.
Die Aufgaben der revolutionären Partei. Max Seydewitz.
Spieltrupp, Tambourkorps, ZdA, FHJ, SAJ ehem. SJVer willkommen.

2. Oktober: 6 Groß Berliner Veranstaltungen: „Oktober 1917 — Oktober 1932."
AB Nord-Ost: Heim Pankow Mühlenstr. 77. Redner: Baier.
AB Ost und UB Mitte: Magazinstr. 12a. Redner: Thomas.
UB Neukölln und Kreuzberg: Rosenstraße 13. Redner: Walcher.
UB Tempelhof-Mariendorf: Götzstr. Redner: Baier.
AB West: Genthinerstraße 17. Redner: Gais.
AB Nord: Lehrterstr. 18/19. Redner: Frank.

4. Oktober:
„1 Jahr SAP und SJV."
Kundgebung in Kliems-Festsäle.

8./9. Oktober: Bezirkskonferenz Brandenburg in Berlin: „Die nächste Etappe".

12. Oktober: „Es lebe der rote Oktober".
18 Uhr, Schlußveranstaltung im Lichtspielhaus Neukölln, Bergstr. 147. Film: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". Redner: Ernst Toller — Ernst Busch — Spieltrupp.
Erwerbstätige 40 Pfg. Erwerbslose 25 Pfg.

Oeffentliche Gruppenabende

11. Oktober: Paul Levi: „Die Aufgaben der revolutionären Jugend". Gleimstr. 35.

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3412
Sonntag, 25. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Sonntag, 25. Sept. 5.00 Uhr
Konzert und Varieté 8.15 Uhr
Frühlingsgarten

Stettin
Feinbäckerei u. Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Berücksichtigt unsere Inserenten!